G 1480

MittelstandsMagazin

Informationen und Forum für Mittelstand, Wirtschaft und Management

5/2008 • 4,– €

ZEITMANAGEMENT

Der tägliche Kampf gegen die Uhr

SCHWERPUNKT

Zahlungsverkehr in Europa

POLITIK

Wirtschaftsflügel macht mobil

WIRTSCHAFT

Mezzanine-Kapital ein neues Erfolgsmodell?

UNTERNEHMEN

Der Kennedy von der Spree auf neuen Wegen

Emil Nolde: Selbstbild 1917, Detail

Darf es noch etwas Kunst zum Champagner sein?

Emil Nolde hatte schon als junger Künstler eine Adresse in Berlin. Heute finden Sie ihn am Gendarmenmarkt. Wechselnde Ausstellungen in zehn lichten Galerieräumen präsentieren die Kunst des großen Expressionisten. Das Haus steht auch als Ort für exklusive Empfänge, gesetzte Diners oder Business-Events zur Verfügung. Nolde Stiftung Seebüll, Dependance Berlin, Jägerstraße 55, 10117 Berlin, Telefon +49 (0)30-4000 46 90, berlin@nolde-stiftung.de, www.nolde-stiftung.de

Nolde.

Nolde Stiftung Seebüll
Dependance Berlin

FINANZMARKT-KRISE

Mittelstand in der Kreditklemme?

Wir erleben stürmische Zeiten auf dem Parkett der Weltbörsen. Täglich lesen und hören wir von Abschreibungen in Milliardenhöhe und neuen Risiken in den Bilanzen der Kreditinstitute. Was jedoch geschieht jenseits dieser Schlagzeilen? Was haben mittelständische Unternehmen im Hinblick auf die derzeitige Lage der Finanzmärkte zu erwarten? Droht aus der Finanzkrise gar eine Konjunkturkrise zu werden?

Hartmut Schauerte, MdB, stellv. MIT-Bundesvorsitzender und Parlamentarischer Staatssekretär beim Bundesminister für Wirtschaft und Technologie, Mittelstandsbeauftragter der Bundesregierung

Besondere Befürchtungen, wie sich die Krise des Finanzmarktes auf Realwirtschaft und Mittelstand auswirken könnte, bestehen hinsichtlich der Bereitstellung notwendiger Kreditmittel für die Unternehmen. 23,6 Prozent der mittelständischen Unternehmen planen innerhalb der nächsten sechs Monate die Aufnahme von Fremdkapital. Doch sowohl in Deutschland als auch im Euro-Währungsraum insgesamt verschärften die Kreditinstitute ihre Standards für Unternehmenskredite im 3. als auch im 4. Quartal 2007.

Allerdings fiel diese Verschärfung der Kreditstandards in Deutschland geringer aus als im Euroraum gesamt. Vor dem Hintergrund, dass in Deutschland zwei Jahre lang die Kreditstandards gesenkt wurden, können die momentanen Anhebungen eher als risikosensible Korrekturen denn als Indiz für Kreditbeschränkungen angesehen werden. Dies gilt insbesondere auch für die Standards für KMU-Kredite. Hier profitieren wir bis heute von der positiven Entwicklung des Finanzierungsklimas gegenüber mittelständischen Unternehmen in den letzten Jahren. Dazu beigetragen haben vor allem die Unternehmen selbst. 45 Prozent von ihnen haben im vergangenen Jahr ihre Eigenkapitalquote verbessern können und damit einen wesentlichen Faktor der Kreditstandards bedient.

Auch bei aktueller Nachfrage und prognostizierter Neuvergabe von Unternehmenskrediten koppelt sich Deutschland folglich laut „Bank lending survey“ von der negativeren Entwicklung im Euroraum ab. Von einer Kreditklemme kann in Deutschland bisher deshalb insgesamt keine Rede sein.

Alles in allem trägt die Finanzkrise zwar dazu bei, dass die konjunkturellen Erwartungen für das laufende Jahr auf 1,5 – 1,8 Prozent gedämpft werden, aber der Ausblick grundsätzlich zuversichtlich bleibt. Die konjunkturellen Anzeichen bleiben vorsichtig optimistisch. So stieg der ifo-Geschäftsklimaindex im März zum dritten Mal in Folge, die Auftragslage der Unternehmen war zuletzt immer noch beachtlich gut (im Schnitt plus 8 Prozent gegenüber dem Vorjahr) und auch die Unternehmensinvestitionen prognostiziert das KfW-Investbarometer zwar geringer als noch 2007, aber mit 3,6 Prozent für 2008 immer noch solide. 47,1 Prozent der KMU in Deutschland beurteilen ihre Geschäftslage mit „sehr gut“ und „gut“. Die Noten „mangelhaft“ und „ungenügend“ wurden dabei nur von 5,1 Prozent vergeben.

Trotz des vorsichtigen Optimismus bleibt es unsere Aufgabe, den weiteren Verlauf wachsam zu beobachten und nötigenfalls finanzpolitisch gegenzusteuern. Hektische Reaktionen jedoch, vergrößerten nur das Problem. Umsicht und Realismus sind geboten, denn die Bereitstellung von Kapital ist das Schmiermittel für unsere Wirtschaft, das nicht versiegen darf.

CarDelMar.com
Urlaubsautos All-Inclusive

10 % Nachlass

Exklusive Vorteile für die Mitglieder der MIT

Mietwagen von CarDelMar

Der Online-Ferienautovermieter CarDelMar arbeitet in fast 40 Urlaubsländern mit renommierten internationalen Autovermietern und nationalen Anbietern zusammen. Alle relevanten Leistungen wie Steuern, alle gefahrenen Kilometer, Versicherungen (Vollkasko mit Rückerstattung der Selbstbeteiligung im Schadensfall sowie Diebstahlschutz) sind im Preis enthalten. Überzeugen Sie sich unter www.cardelmar.de von der Attraktivität der Angebote und den günstigen Preisen.

Weitere Informationen im internen Bereich der MIT unter www.mittelstand-deutschland.de.

MIT
in Kooperation mit corporate benefits GmbH

POLITIK

3 **Editorial**
Mittelstand in der Kreditklemme?
von Hartmut Schauerte, MdB

5 **Die Seite-5-Karikatur**
Manager-Weisheiten und -Bosheiten

6 **Teure Blechschäden**
Über den Kampf der mittelständischen Autoteile-Hersteller gegen die Konzerne

8 **Gleiche Rechte, gleiche Pflichten**
Interview mit Peter Mumme

10 **Von Sparwillen keine Rede**
sagt der Bund der Steuerzahler

12 **Kein Geld für die Aufarbeitung des SED-Staats?**
Ein deutsches Trauerspiel

13 **Das Monstrum Gesundheitsfonds**
Kommt er, kommt er nicht ...?

14 **Wirtschaftsflügel muckt auf**
Mangelnder Reformwille und Stillstand in der Koalition

WIRTSCHAFT

Schwerpunkt-Themen

18 **Mezzanine-Kapital**
- auf dem Weg zum Erfolgsmodell

20 **Versicherungen**
Unterschätzte Risiken

21 **Zahlungsverkehr in Europa**
Schleppende Harmonisierung

16 **Bilanz Deutsche Vermögensberatung**
Positive Signale

17 **Berufsgenossenschafts-Reform**
Kleiner Wurf der großen Koalition?

UNTERNEHMEN

23 **Zeitmanagement**
Der tägliche Kampf mit der Uhr

26 **Der Kennedy von der Spree**
Ein erfolgreicher Mittelständler

29 **Bürokratie-Ärger**
Die Abkassierer von der GEZ

30 **Gender-Debatte in Wort und Schrift**
Es geht auch ohne Wortungetüme

31 **Datensicherheit**

32 **Mietrecht:** Schönheitsreparaturen

33 **Leserbriefe, Recht im Gespräch**

34 **Aktuelle Urteile**

35 **Bücher**

MIT-INSIDE

36 **Berichte aus den Verbänden**

39 **Werbemittel**

40 **Mittelstandspolitik**

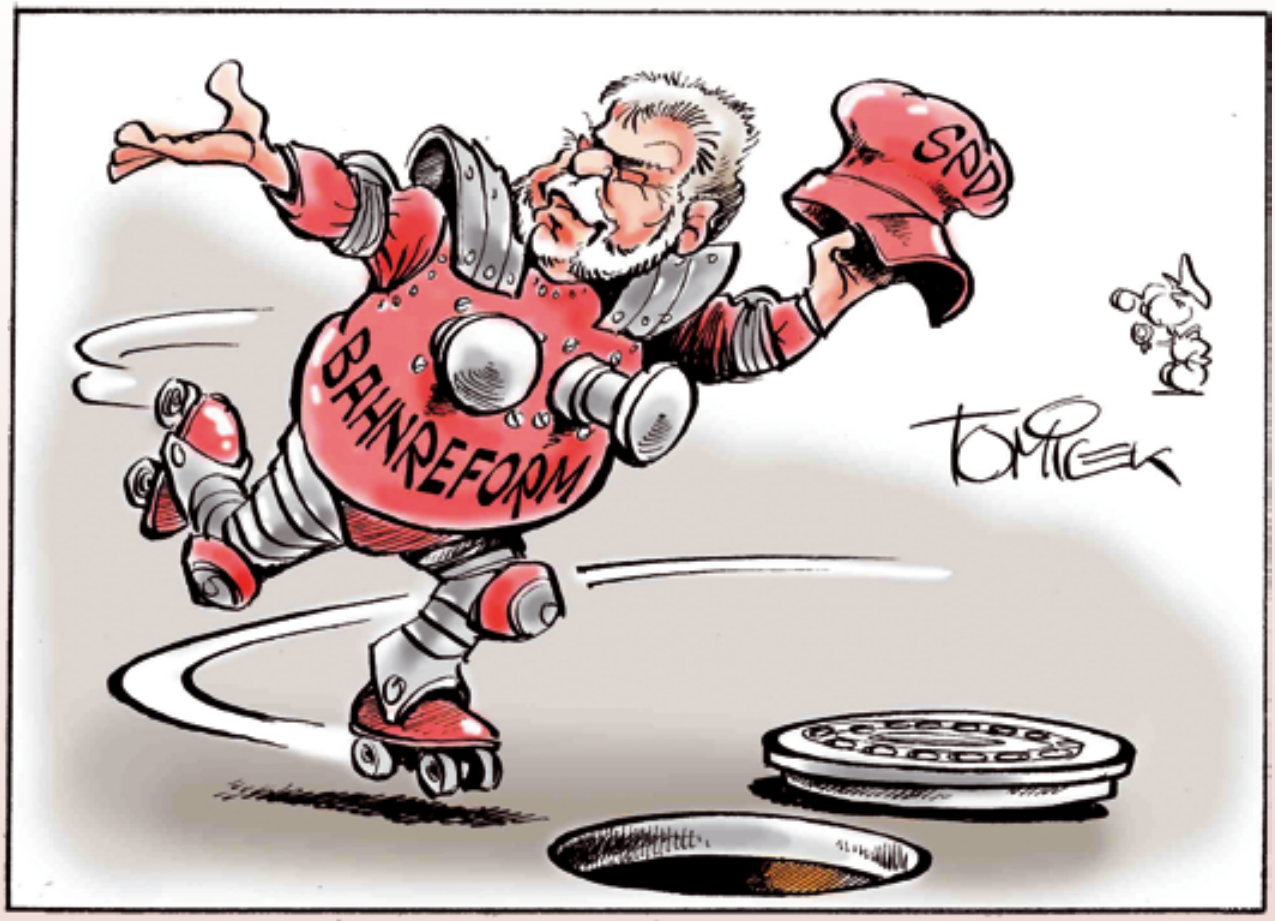
41 **Namen sind Nachrichten**

42 **Baustelle**

42 **Impressum**

Gefunden in „Die Welt“
„Berliner Sozialamts-Stadl mit Kabinettsrang“

Die Seite-5-Karikatur



STARLIGHT EXPRESS

Manager-Weisheiten

Wählen heißt: Bei Grundsatzthemen
den Rat von Laien anzunehmen.

Die Mehrheit hat nur mehr Gewicht.
Davon mal ab, mehr hat sie nicht.

Die Minderheit nicht selten stört,
sofern man nicht zu ihr gehört.

Das Parlament verhandelt bis
zum unbrauchbaren Kompromiss.

Man kann die Dinge selbst gestalten,
doch leichter ist's, sie zu verwalten.

Manager-Bosheiten

Den Geist, vor allem auch den freien,
vermisst man häufig in Parteien.

Viel Ungereimtes kommt zusammen
in allerhand Parteiprogrammen.

Auch wenn sie faktisch nichts entzweit,
Parteien liegen stets im Streit.

Ein Wahlversprechen, wie es scheint,
ist meistens nicht ganz ernst gemeint.

Löst man ein Problem politisch,
wird es meist erst richtig kritisch.

Aus: Andreas Rother, Managerweisheiten und Managerbosheiten, mit freundlicher Genehmigung von Redline Wirtschaft

TEURE BLECHSCHÄDEN

Von Karl-Sebastian Schulte

Durch Einfügung einer sogenannten Reparaturklausel in die bestehende europäische Designschutz-Richtlinie sollen die Exklusivrechte der Pkw-Hersteller für die Produktion sichtbarer Austauschteile abgeschafft werden.

Brüssel fordert seit langem freien Wettbewerb auf dem milliardenschweren Markt für Kfz-Ersatzteile. Der Designschutz für Kotflügel, Windschutzscheiben und Stoßstangen könnte bald europaweit fallen. Verbraucher und Mittelstand wären Gewinner der Liberalisierung. Doch in Frankreich und Deutschland regt sich weiter Widerstand.

Gerhard Schröder machte seinem Ruf als Autokanzler wieder einmal alle Ehre, als er Volkswagen und Co. im Jahr 2003 ein äußerst großzügiges Geschenk präsentierte: Das Gesetz zur Reform des so genannten Geschmacksmusterrechts dehnte vor fünf Jahren den exklusiven Designschutz der Hersteller auch auf sichtbare Kfz-Ersatzteile wie Windschutzscheiben, Scheinwerfer, Motorhauben oder Stoßstangen aus. Bewegten sich die unabhängigen Produzenten und Händler bis dato noch im rechtsfreien Raum, agieren sie seither quasi mit einem Fuß in der Illegalität. Nur eine freiwillige Selbstverpflichtung der mächtigen Autobauer sorgt noch dafür, dass die überwiegend mittelständischen Betriebe, die immerhin einen Marktanteil von rund 15 Prozent in Deutschland abdecken, stillschweigend geduldet werden.

Dieses „Wohlverhalten" ist weniger eigener Großzügigkeit als vielmehr taktischen Überlegungen geschuldet. Durch den Verzicht auf gerichtliche Geltendmachung der eigenen Monopolrechte hält man hierzulande nicht nur die freien Teilehersteller und -händler in Schach, damit diese nicht zu groß werden, sondern versucht seit Jahren, zugleich Liberalisierungsbemühungen der EU-Kommission den Wind aus den Segeln zu nehmen. Brüsseler Verbraucherschützern und Wettbewerbshütern ist der abgeschottete Sekundärmarkt in Europa nämlich seit langem ein Dorn im Auge.

Kleinstaaterei statt Binnenmarkt

Dass etliche Mitgliedstaaten immer wieder erfolgreich versuchen, wichtige heimische Schlüsselbranchen durch nationale Barrieren vor Konkurrenz zu schützen, ist ein offenes Geheimnis. Solcher Protektionismus innerhalb der Europäischen Union führt nach Berechnungen der Kommission jährlich zu volkswirtschaftlichen Schäden von bis zu 150 Milliarden Euro. Rund 2,5 Millionen neue Arbeitsplätze würden dadurch verhindert, glaubt das Freiburger Centrum für Europäische Politik. Der Ersatzteilemarkt ist ein prominentes Beispiel dafür, dass die Grenzen häufiger dicht bleiben, als gemeinhin angenommen. Sein Volumen wird auf stattliche 13 Milliarden Euro geschätzt. Allein in Deutschland ist der Sektor 2,5 Milliarden Euro schwer.

Auf diese lukrativen Einnahmequellen will die Automobilindustrie nicht kampflos verzichten. Sie pocht auf ihre vermeintlichen Eigentumsrechte und warnt vor dem Verlust etlicher Arbeitsplätze. Solche Drohungen relativieren sich allerdings schnell, wenn man weiß, dass viele Konzerne seit Jahr und Tag immer größere Mengen ihrer Zulieferprodukte längst nicht mehr in EU-Ländern fertigen lassen. Eine Liberalisierung schafft eher Arbeitsplätze, weil sie freie mittelständische Hersteller innerhalb Europas stärkt. Auch der an die Wand gemalte Sicherheitsverlust von Verkehrsteilnehmern kann nicht überzeugen. Schließlich sorgt die vorgeschriebene Typengenehmigung für gleich hohe Standards. Gerade weil sichtbare Ersatzteile aus technischen Gründen mit dem Original identisch sein müssen, mutiert hier Designschutz ja überhaupt erst zum Produktmonopol und verlangen die Unabhängigen deshalb eine gesetzliche Ausnahme sowie europaweit Rechtsicherheit für ihr Geschäft.

> *„Unsere mittelständischen Ersatzteilproduzenten und -händler könnten an einem liberalisierten Markt besser als bisher teilhaben, mit positiven Auswirkungen für den heimischen Arbeitsmarkt. Auch die Verbraucher wären in der Wahl ihrer Werkstatt freier und würden bei den Preisen profitieren."*
>
> **Lena Strothmann,** MdB, ist Vorsitzende der Arbeitsgruppe Handwerk des Parlamentskreises Mittelstand (PKM) der CDU/CSU-Bundestagsfraktion

Bislang herrscht eher Kleinstaaterei denn ein einheitlicher Binnenmarkt. Die aktuelle Rechtslage in den EU-Ländern differiert erheblich. In zehn Staaten, darunter Großbritannien, Spanien, Italien und Benelux, ist der Ersatzteilemarkt freigegeben. In 13 anderen Staaten wiederum, unter ihnen auch Deutschland, haben die Automobilkonzerne faktisch ein Monopol. Die Franzosen gewähren ihren Autobauern derzeit die schärfste Form des Designschutzes. Dort konnte etwa Renault Scheinwerfer des deut-

Foto: Hella

Fällt der Designschutz, eröffnet sich für deutsche Teilehersteller ein neuer Markt.

schen Herstellers Hella aus den Regalen seiner Vertragswerkstätten verbannen.

Reparaturklausel aus Brüssel

Ein solcher Rauswurf soll künftig nicht mehr möglich sein. Bereits im September 2004 präsentierte die Europäische Kommission einen Vorschlag zur vollständigen Marktöffnung in der EU. Der Plan: Durch Einfügung einer so genannten Reparaturklausel in die bestehende europäische Designschutz-Richtlinie werden die Exklusivrechte der Pkw-Hersteller für die Produktion sichtbarer Austauschteile komplett abgeschafft. Bei Neuwagen bleiben sie unberührt.

Drei Jahre lang passierte dann nahezu nichts in dieser Frage. Die Beratungen des Europaparlaments steckten fest im Interessengeflecht nationaler Industriepolitik und eifriger Auto-Lobbyisten. Das erste Ergebnis der Ausgleichsbemühungen des federführenden Rechtsausschusses lag Ende 2006 auf dem Tisch und sah weitreichende Änderungen des liberalen Kommissionsentwurfes vor: Der Designschutz sollte nicht mehr aufgehoben, sondern lediglich befristet werden. Die Schutzdauer hätte sich demnach am Produktionszyklus eines Autotyps zu orientieren, der in der Regel zwischen fünf und sieben Jahren beträgt. Kommt das Nachfolgemodell, endet automatisch der Designschutz für die Ersatzteile des Vorgängers. Alternativ sollte den Mitgliedstaaten die Möglichkeit gegeben werden, ein Vergütungssystem einzuführen, bei dem freie Hersteller das Recht zur Teileproduktion der Autoindustrie gegen eine Lizenzgebühr abkaufen können, deren Höhe sich nach deren Entwicklungskosten richtet. Das entsprechende Dossier wurde schnell von allen Seiten als unausgegoren und zu kompliziert verworfen. Ein neuer Kompromissvorschlag vom Herbst vergangenen Jahres sieht jetzt nur noch eine Übergangsfrist von fünf Jahren nach Inkrafttreten der Richtlinie vor. Dann soll europaweit zwingend Wettbewerb herrschen. Kurz vor Weihnachten 2007 schloss sich das Plenum des EU-Parlaments dem an.

Verbraucher und Mittelstand profitieren

Damit haben sich die Befürworter der Marktöffnung in Brüssel durchgesetzt. Sie erhoffen sich mehr Vielfalt und niedrigere Preise. Eine Studie des Kölner Ökonomie-Professors Johann Eekhoff im Auftrag des Gesamtverbandes Autoteile-Handel erwartet, dass die Reparaturkosten für Blech- und Glasschäden um sechs bis zehn Prozent sinken. „Kotflügel für Opel Corsa könnten 51 statt 135 Euro kosten, Golf-Scheinwerfer 92 statt 144 Euro," hat der Automobilclub ADAC errechnet. Die 50 Millionen deutschen Autobesitzer wären die Hauptprofiteure einer Liberalisierung, auch weil mittelfristig günstigere Kfz-Versicherungsprämien zu erwarten sind.

> *„Nun sind die Regierungen der EU-Staaten am Zug. Sie sollten den freien Handel im EU-Binnenmarkt endlich nicht länger durch einseitige Bevorzugung der großen Automobil-Hersteller auf Kosten des Mittelstandes und der Autofahrer blockieren."*
>
> Der stellv. Vorsitzende des SME-Circle der EVP-Fraktion, Dr. Christoph Konrad, MdEP, drängt seit Jahren auf eine rasche Marktöffnung.

Die Autokonzerne müssen hingegen Federn lassen. Denn die mehr als 200 Millionen jedes Jahr in Europa abgesetzten Original-Ersatzteile spülen reichlich Geld in die Kassen der Hersteller. Zwar machen BMW, Daimler & Co. nur etwa fünf Prozent ihres Umsatzes in diesem Bereich, das Geschäft bringt aber rund die Hälfte ihres Gewinns. Bei erfolgter Marktöffnung bricht ihnen jährlich ein Profit von mindestens einer Milliarde Euro weg. Zu diesem Ergebnis kommt das Beratungsunternehmen Deloitte in einer noch unveröffentlichten Analyse. Profitieren würden hingegen die Zulieferer und unabhängige Betriebe im Mittelstand. Ihr Gewinn soll laut Studie europaweit um mehr als ein Drittel steigen. Das entspricht rund 1,3 Mrd. Euro. Allerdings befürchten die freien Produzenten, dass die Autobauer die jetzt vorgeschlagene Galgenfrist von fünf Jahren dazu nutzen, die ungeliebte Konkurrenz in der Übergangsphase soweit es geht wegzuprozessieren. Und Branchenexperten weisen darauf hin, dass die Hersteller den entgangenen Gewinn durch höhere Neuwagenpreise teilweise zu kompensieren versuchen könnten. Unterm Strich dürften die Vorteile für die europäischen Kunden jedoch deutlich überwiegen.

Die Autoteilehersteller haben eine europaweite Kampagne „Right to repair" ins Leben gerufen.

Ausgang weiter offen

Für Freude ist es aber noch zu früh. Denn nach den Regeln der europäischen Gesetzgebung liegt der Ball jetzt zunächst noch im Feld der nationalen Regierungen. Sie müssen dem Vorhaben als letzten Schritt auch im Ministerrat mit Mehrheit zustimmen. Bislang blockierte dort aber eine von Frankreich und Deutschland angeführte qualifizierte Minderheit zusammen mit Tschechien, Rumänien und der Slowakei jegliche Liberalisierung. Im Laufe des ersten Halbjahres 2008 steht das Thema hier auf der Tagesordnung. Noch hat die schwarz-rote Bundesregierung sich nicht festgelegt. Kenner glauben nicht an eine rasche Verabschiedung. Würden die Staatschefs den Kompromissvorschlag der Abgeordneten auf Eis legen, wäre das ein teurer Blechschaden für Verbraucher und Mittelstand. Dann bliebe als letzte Hoffnung wohl nur noch, dass der Europäische Gerichtshof eines Tages die Marktöffnung erzwingt.

Foto: Hella

Die deutschen Hersteller verfügen über ein qualifiziertes, marktnahes Produktprogramm in der Qualität der Originalteile.

INTERVIEW

„Gleiche Rechte und Pflichten“

Interview mit Peter Mumme vom Arbeitgeberverband mittelständischer Personaldienstleister

Die Zeitarbeit weist eine stolze Aufschwungbilanz vor. Warum gerät sie immer wieder ins Visier der Politik?

Peter Mumme: Das ist für mich nur damit zu erklären, dass einige Politiker aus ideologischen Gründen noch immer nicht wahrhaben wollen, dass sich die Arbeitswelt grundlegend geändert hat. Hier wird die Zeitarbeit zum Sündenbock gemacht, auf den eingeprügelt wird. Dabei bieten wir reguläre Beschäftigungsverhältnisse an. Unsere Arbeitnehmer haben die gleichen Rechte und Pflichten wie in anderen Wirtschaftszweigen. Für sie gilt das Kündigungsschutzgesetz, das Entgeltfortzahlungsgesetz, das Bundesurlaubsgesetz etc. Auch die Zeitarbeitsfirmen unterliegen denselben Arbeitgeberpflichten wie alle anderen Unternehmen. Sie zahlen die Vergütung und führen Beiträge zur Sozialversicherung ab. Der große Boom hat sich übrigens wieder in Richtung Normalität entwickelt: 2006 wurden noch 75 Prozent aller neuen Stellen durch Personaldienstleister geschaffen, 2007 waren es nur noch 25. Damit bleibt die Zeitarbeit aber nach wie vor einer der wichtigsten Jobmotoren.

Die beiden anderen Arbeitgeberverbände BZA und iGZ wollen ins Entsendegesetz. Warum sperren sich die Mittelständler dagegen?

Mumme: In der Zeitarbeit gibt es keine Entsendeproblematik. Auch das Argument Osteuropa greift nicht: Lettland, Polen, die Slowakei, Slowenien und Tschechien haben für Zeitarbeitskräfte die gleiche Bezahlung wie für die Stammbelegschaften festgeschrieben. Und Ungarn, Estland und Litauen haben keine speziellen Zeitarbeitstarifverträge. Damit ist Lohndumping aus Osteuropa ausgeschlossen, denn die Zeitarbeitsunternehmen aus den genannten Länder müssten ihre Mitarbeiter beim Einsatz in Deutschland nach dem Gleichbehandlungsgrundsatz des Arbeitnehmerüberlassungsgesetzes bezahlen oder in ihren Arbeitsverträgen Bezug auf einen deutschen Tarifvertrag für die Zeitarbeit nehmen. Hinzu kommt noch, dass der Bundesarbeitsminister inzwischen öffentlich darüber nachdenkt, die Arbeitnehmerfreizügigkeit bis Mai 2011 und nicht nur bis Mitte 2009 einzuschränken. Gleichzeitig arbeitet die Branche fast zu 99 Prozent mit Tarifverträgen. Um die Herstellung von Chancengleichheit innerhalb der Zeitarbeitsbranche geht es BZA und iGZ also gar nicht, wenn sie Arm in Arm mit dem DGB die Allgemeinverbindlichkeit des DGB-Mindestlohns über das Entsendegesetz fordern. Eindeutiges Ziel ist vielmehr, unser konkurrierendes Tarifsystem mit den christlichen Gewerkschaften zu schwächen und sich somit kleinerer Konkurrenten zu entledigen. Hier versuchen Konzerne neue Marktanteile zu Lasten des Mittelstandes mit staatlicher Unterstützung zu generieren. Ich hoffe, dass der Bundesarbeitsminister seine Pläne fallen lässt. Denn gerade bei der Zeitarbeit beginge er damit aufgrund der bestehenden Tarifkonkurrenz eindeutig einen Verfassungsbruch. Hier hoffen wir auf die Hilfe von der Union, die bereits Widerstand angemeldet hat.

Gegner sprechen gerne von einer „Schmuddelbranche“, die es Konzernen erlaube, ihre Stammbelegschaft durch Billiglöhner zu ersetzen.

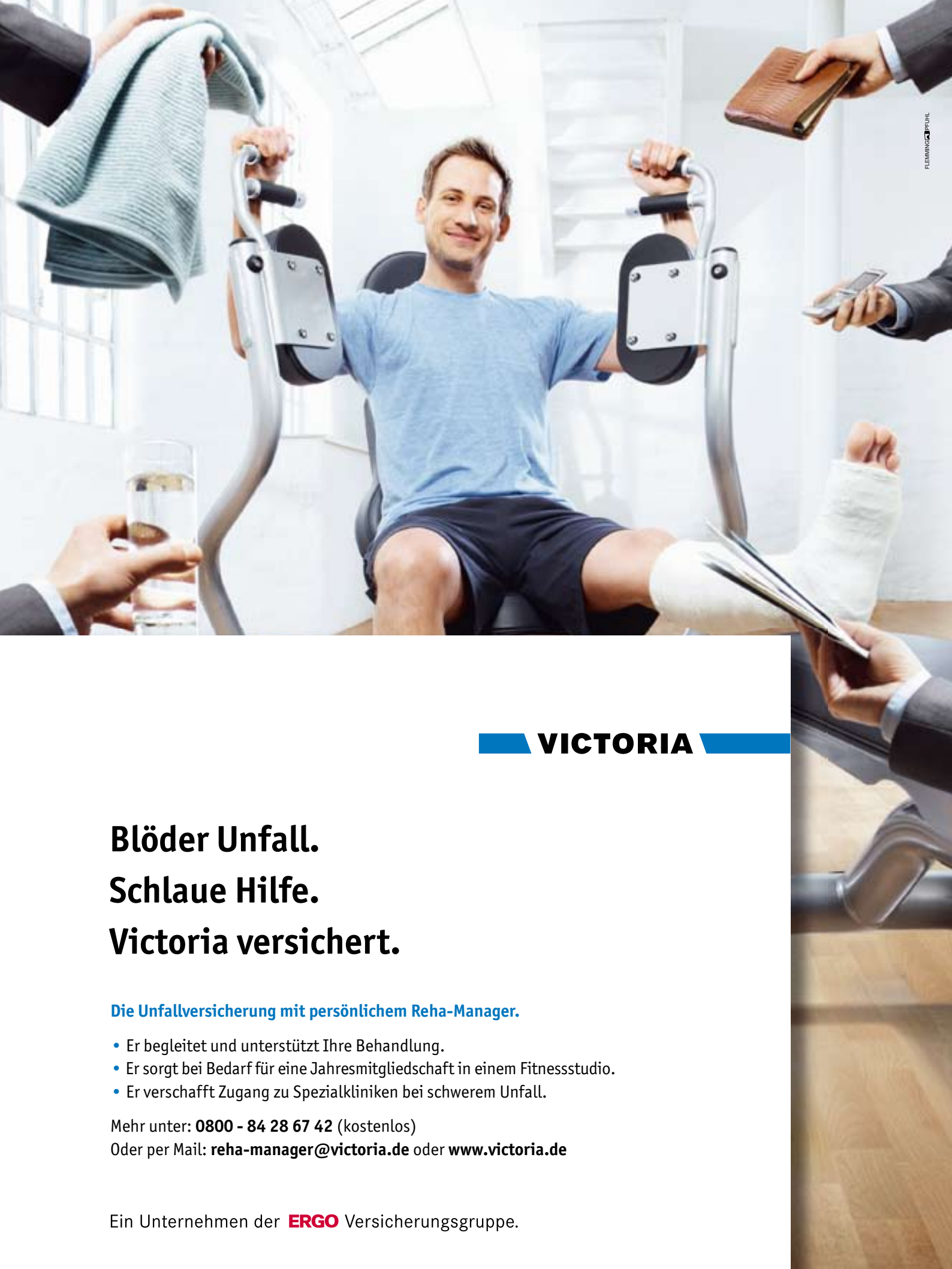
Mumme: Diese Behauptung entbehrt jeglicher Grundlage. Nach einer aktuellen Studie der DGB-nahen Hans-Böckler-Stiftung setzen gerade einmal drei Prozent aller Betriebe Zeitarbeitnehmer ein. Nur zehn Prozent davon haben einen mehr als 20-prozentigen Anteil an Zeitarbeitskräften. Das bedeutet: lediglich 0,3 Prozent aller deutschen Firmen gehören zu den so genannten Intensivnutzern. Hier werden Ausnahmen und Einzelfälle benutzt, um uns ein negatives Image zu geben. Dabei übernehmen wir eine wichtige Brückenfunktion für den Arbeitsmarkt. 2006 waren 59 Prozent der Zeitarbeitnehmer vorher arbeitslos. Das sind über 300.000 Menschen, die in der Zeitarbeit wieder eine sozialversicherungspflichtige Beschäftigung gefunden haben. Ein Viertel gehörte zu den Langzeitarbeitslosen. Hinzu kommen neun Prozent Berufsanfänger, so dass die Zeitarbeitsunternehmen ihre Mitarbeiter zu 68 Prozent aus dem Bereich derjenigen rekrutierten, denen ansonsten keiner eine Chance auf dem Arbeitsmarkt gegeben hat. Diese Integrationsleistung erbringen wir übrigens, ohne Subventionen in Anspruch zu nehmen. Gleichzeitig stellt die Zeitarbeit auch ein wichtiges Flexibilisierungsinstrument für die Wirtschaft dar.

Die Gewerkschaften wollen Sie nicht nur durch den Mindestlohn an die Kette legen.

Mumme: Das ist richtig. Die SPD und der DGB wollen die rechtlichen Rahmenbedingungen, die die damalige rot-grüne Regierung im Zuge der Hartz-Reformen 2004 liberalisiert hat, wieder einschränken. So soll die Überlassungsdauer begrenzt und eine feste Quote für den Anteil von Zeitarbeitskräften festgelegt werden. Das würde aber genau die Flexibilität zunichte machen, die deutsche Unternehmen auf dem globalen Markt so dringend benötigen. Die ebenfalls geforderte zwingende Gleichbehandlung mit der Stammbelegschaft bei Lohn- und Arbeitsbedingungen nach einer bestimmten Einsatzzeit würde Personaldienstleister vor große Schwierigkeiten stellen. In Deutschland gibt es rund 64.000 Tarifverträge. Um herauszufinden, welcher im jeweiligen Kundenunternehmen anzuwenden ist, müssten wir einen enormen administrativen Aufwand betreiben, der gerade von kleinen und mittelständischen Unternehmen kaum zu leisten ist.

kss

Peter Mumme ist seit 1982 als Unternehmer in der Personaldienstleistung tätig. Der erfolgreiche Mittelständler ist Gründungsmitglied und Präsident des rund 1.100 Mitglieder starken Arbeitgeberverbandes Mittelständischer Personaldienstleister (AMP). Dessen Tarifabschluss vor mehr als vier Jahren mit dem Christlichen Gewerkschaftsbund sorgte bundesweit für Aufsehen, weil er den Zeitarbeitsmittelstand vom ruinösen Lohndiktat des DGB befreite.



VICTORIA

Blöder Unfall.
Schlaue Hilfe.
Victoria versichert.

Die Unfallversicherung mit persönlichem Reha-Manager.

- Er begleitet und unterstützt Ihre Behandlung.
- Er sorgt bei Bedarf für eine Jahresmitgliedschaft in einem Fitnessstudio.
- Er verschafft Zugang zu Spezialkliniken bei schwerem Unfall.

Mehr unter: **0800 - 84 28 67 42** (kostenlos)
Oder per Mail: **reha-manager@victoria.de** oder **www.victoria.de**

Ein Unternehmen der ERGO Versicherungsgruppe.

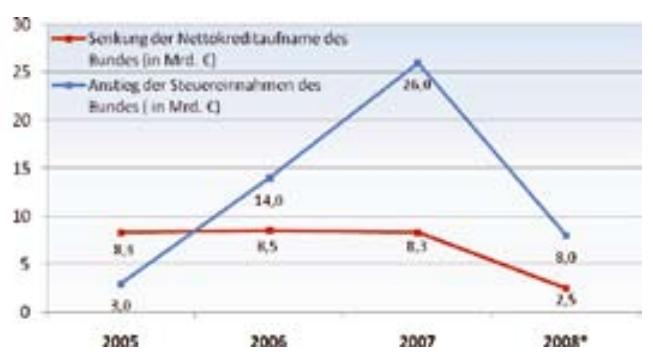
INTERVIEW

Von Sparwillen kann keine Rede sein

Interview mit dem Bundesgeschäftsführer des Bundes der Steuerzahler, Reiner Holznagel, zur Haushaltspolitik der großen Koalition

Der Staatshaushalt erzielt einen Überschuss und die Maastricht-Kriterien sind für den Bundesfinanzminister kein Problem mehr. Eigentlich ist die Politik der großen Koalition doch sehr erfolgreich!

Reiner Holznagel: Nur auf den ersten Blick. Die große Koalition trat mit dem Ziel an, den Bundeshaushalt zu konsolidieren bzw. die Staatsfinanzen in Ordnung zu bringen. Wenn man sich die letzten drei Haushalte der Koalition anschaut, ist es allerdings bei Absichtserklärungen geblieben. Das Volumen des Bundeshaushalts stieg vom Jahr 2005 mit einem Soll-Wert von ca. 254 Milliarden Euro kontinuierlich an und wird in diesem Jahr laut Haushaltsplan mehr als 283 Milliarden Euro erreichen. Vom Sparwillen der großen Koalition kann keine Rede sein.



Quelle: BMF Finanzpläne; *Schätzung

Können Sie Beispiele nennen, wo sich die Ausgabensteigerungen verstecken?

Holznagel: Die Ausgaben für öffentliche Verkehrsunternehmen stiegen zum Beispiel um sechs Milliarden Euro. Die familienpolitischen Programme wie Elterngeld oder die Krippenfinanzierung schlagen mit insgesamt fast sieben Milliarden Euro zu Buche. Vor allem die unter „Sonstiges" versteckten Ausgaben sind in diesem Zeitraum fast durchweg und zum Teil erheblich angestiegen. Z.B. stiegen die „sonstigen allgemeinen Staatsausgaben" von 556 auf 692 Millionen Euro, die „sonstigen auswärtigen Angelegenheiten" von 274 auf 477 Millionen Euro und die „sonstigen Bereiche" beim Verkehrs- und Nachrichtenwesen von 558 auf 755 Millionen Euro.

Haben diese Ausgabensteigerungen nicht auch positive gestalterische Effekte?

Holznagel: Politik soll natürlich gestalten. Zudem muss Politik auf Veränderungen in der Gesellschaft reagieren. Vor diesem Hintergrund hat sich die Familienpolitik aus meiner Sicht prinzipiell richtig entwickelt. An dieser Stelle will ich aber daran erinnern, dass die Bundesregierung Neuausgaben durch Streichungen an anderer Stelle finanzieren wollte. Das ist aber leider nicht passiert, weshalb das Haushaltsvolumen angestiegen ist. Ich halte dies, wie z.B. auch die populistische Rentenerhöhung, für einen fatalen Fehler, der sich noch rächen wird.

Hat also aus Ihrer Sicht die große Koalition ihre haushaltspolitischen Ziele verfehlt?

Holznagel: Bei den Sparzielen ist es leider eindeutig so. Allerdings wurden die „versprochenen" Steuererhöhungen sehr wohl umgesetzt. Hier hat sich die Koalition sogar selbst übertroffen. Im Jahr 2006 wurde das größte Steuererhöhungsprogramm der deutschen Nachkriegsgeschichte beschlossen. Mit der Folge, dass mit konjunkturellem Rückenwind die Steuereinnahmen des Bundes von 190 Milliarden Euro in 2005 auf das Rekordniveau von voraussichtlich 238 Milliarden Euro in 2008 stiegen. Zudem tragen dank des bisher recht soliden Wirtschaftswachstums die hohen Einnahmen der Sozialversicherungen mit einem Überschuss von 9,1 Milliarden Euro wesentlich zur positiven Finanzlage bei. Da die große Koalition die Mehreinnahmen aber schon wieder mit vollen Händen ausgegeben hat, kann überhaupt keine Entwarnung gegeben werden. Im Gegenteil, die Konsolidierung ist nach wie vor notwendig.

Reiner Holznagel, Bundesgeschäftsführer Bund der Steuerzahler e.V.

Was bleibt von den positiven Zahlen und dem gemeldeten Haushaltsplus dann noch übrig?

Holznagel: Der Bund hat für diese Zahlen wenig getan. Wird die Sozialversicherung ausgeklammert, bleibt ein Defizit nach der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung von 8,6 Milliarden Euro. Dabei ist der Bund hauptsächlicher Schuldentreiber. Demgegenüber haben die Länder und die Gemeinden ihre Hausaufgaben besser erledigt. Der Bundesfinanzminister sollte sich daher besser nicht auf die eigene Schulter klopfen. Die Steuer- und Beitragszahler haben dafür gesorgt, dass er in der Europäischen Union jetzt als Musterknabe dasteht. Aber auch hier tauchen dunkle Wolken am Himmel auf. Der Bund wird sich nach eigenen Planungen auch im kommenden Jahr weiter verschulden und die Ausgaben erhöhen. Eine verantwortliche Finanzpolitik in Zeiten hoher Konjunktur sieht anders aus. Das zeigt, dass die Euphorie bei einigen Bundespolitikern hinsichtlich der Haushaltssituation jeglicher Grundlage entbehrt. In der jetzt absehbaren Konjunktureintrübung rächt sich bereits der mangelnde Sparwille: Man bleibt auf den großzügig beschlossenen Ausgaben sitzen. *M.M.*

T-Mobile
Das Internet jetzt immer griffbereit.
Der web'n'walk Stick für Freizeit und Job: einfach mobil online gehen.
Neu: mit der web'n'walk DayFlat für nur 4,95 €/Tag1) die Kosten voll im Griff
Günstig: der web'n'walk Stick für nur 1,– €2)
Einfach: Plug & Play auf jedem Laptop – auch auf Mac
Jetzt zu Ihrem web'n'walk Tarif unter der T-Mobile Kurzwahl 2828 zubuchen.
Mehr Infos: www.t-mobile.de/business
web'n'walk DayFlat ins Internet 4,95 €/Tag1)
einfach näher
T-Mobile
1) Mindestvertragslaufzeit 3 Monate. Zum Preis von 4,95 €/Tag buchbar, z.B. im Tarif web'n'walk Plus (9,– €/Monat, Mindestvertragslaufzeit 24 Monate). Bei Buchung der web'n'walk DayFlat entfällt das Volumen der voreingestellten Option web'n'walk Medium. Das Abrechnungsintervall beginnt um 0 Uhr und endet um 24 Uhr. Besteht die Verbindung nach 24 Uhr weiter, werden 4,95 € für weitere 24 Stunden berechnet. Gilt nur im Inland mit unbegrenztem Nutzungsvolumen für ein- und ausgehenden paketvermittelten Datenverkehr. Die Nutzung von Voice over IP und Instant Messaging ist nicht möglich. Das Angebot ist mit den zugrunde liegenden Konditionen zunächst befristet bis zum 31.07.2008. 2) Angebot gilt bei Abschluss eines 24-Monats-Vertrages im Tarif web'n'walk Plus mit einer monatlichen Grundgebühr von 9,– € und gleichzeitiger Buchung der web'n'walk DayFlat, vgl. Fußnote 1).

Geld für Aufarbeitung: Rote Khmer ja, SED-Staat nein?

Die Meldung las sich zunächst ganz harmlos: „Das Völkermordtribunal in Kambodscha fordert zusätzliche 74 Millionen Euro für die Verfahren gegen führende Mitglieder der Roten Khmer. Das Anfang 2006 mit der Hilfe der UN eingesetzte Gericht soll die Verbrechen des Regimes in den Jahren 1975 bis 1979 ahnden. Damals kamen schätzungsweise 1,7 Millionen Menschen ums Leben. Die Hauptgeldgeber für das Tribunal sind neben Deutschland Japan, Frankreich, Großbritannien und Australien."

Verkaufte Moral?

Für die Aufklärung der Morde der Roten Khmer also soll Geld da sein, für die Unterhaltung der Stasi-Gedenkstätten in Ostdeutschland hingegen nicht? Auch nicht für eine schnellere Aufarbeitung der Stasi-Wühlarbeit durch die „Birthler-Behörde"? Von Schließung, von Schlussstrich, von Amnestie, von „Diskussion der Vergangenheit" (Lafontaine) gar ist die Rede. Lassen wir uns am Ende unsere eigene Moral abkaufen, indem wir zwar ein Tribunal im fernen Kambodscha finanzieren, vor den Schattenseiten der DDR-Vergangenheit aber unter dem Druck von links davonlaufen?

Tatsache ist, dass die wenigen Gedenkstätten, die es gibt, unter chronischem Geldmangel leiden, sich mit Kleinspenden spärlich über Wasser halten und von der öffentlichen Hand mehr als kurz gehalten werden. Die Linke agitiert heftig dagegen, die SPD hält sich in dieser Hinsicht bedeckt, und auch die Union lässt sich eher halbherzig vernehmen. Dr. Hubertus Knabe, Direktor der Stasi-Gedenkstätte in Berlin-Hohenschönhausen, bekannt für sein kompromissloses Auftreten für eine tabulose und konsequente Aufarbeitung der kommunistischen Diktatur in Deutschland, kennt das Schema: „Komisch ist, dass die Linke, wenn es um den Nationalsozialismus geht, immer vorne dabei ist und mehr Aufklärung verlangt. Über den real existierenden Sozialismus in der DDR soll hingegen nicht mehr gesprochen werden, obwohl er noch gar nicht lange her ist. Das ist ziemlich unglaubwürdig."

„Kommunistische Fraktionen"

Für Knabe steht fest, dass sich die SED 1989 nicht aufgelöst, sondern bloß umbenannt hat. Die meisten Mitglieder der heutigen Linken waren früher SED-Mitglieder. Gysi war Vorsitzender der Kollegien der Rechtsanwälte der DDR, Parteichef Bisky Hochschulrektor. Im Bundestag sitzt sogar ein ehemaliger hauptamtlicher Stasi-Mitarbeiter. In Hessen gibt der frühere Bundesgeschäftsführer der „Deutschen Friedensunion", einer kommunistischen Tarnorganisation, den Ton an. In Niedersachsen will eine Abgeordnete, die seit 40 Jahren der DKP angehört, eine neue Stasi für Deutschland. Grund genug für Hans Modrow, den letzten SED-DDR-Ministerpräsidenten, nach den vergangenen Landtagswahlen zu frohlocken, dass es nach 55 Jahren „in den Ländern der alten Bundesrepublik wieder kommunistische Fraktionen" gebe.

Foto: Kohl

Der Historiker und Berliner Gedenkstättenleiter Hubertus Knabe (links) mit den Mittelstandspolitikern Mathias Stinnes (Mitte) und Josef Schlarmann im Innenhof der Gedenkstätte Hohenschönhausen.

Wo sind die PDS-Gelder?

In einem seiner Bücher beschreibt Knabe, wie die PDS, die sich heute in der Gestalt der Linkspartei als Hüterin des Etatismus aufspielt und auf staatliche Umverteilung setzt, skrupellos Geld beiseite geschafft hat: „Die SED war eine steinreiche Partei – durch Zuwendungen aus dem DDR-Staatshaushalt. Dieses Geld sollte nach der Wiedervereinigung in den Aufbau Ost fließen, um die durch die SED angerichteten Schäden zu reparieren. Doch die PDS unter ihrem Vorsitzenden Gysi schaffte einen Großteil des Vermögens beiseite. Sie verbrachte es ins Ausland, spendete Unsummen an Gewährsleute oder versorgte ominöse GmbH's mit riesigen Darlehen. Und sie weigert sich bis heute offen zu legen, wohin das Geld verschwunden ist."

Nach Knabes Recherchen hatte die SED/PDS 1990 ein Vermögen von geschätzten 13 Milliarden Mark, davon seien neun Milliarden Mark, also 4,5 Milliarden Euro, bis heute verschwunden.

Mit diesem Geld ließe sich eine Menge aufarbeiten und Aufklärungsarbeit betreiben – in Kambodscha und hierzulande. Und was noch wichtiger ist: Es stünden endlich genügend Mittel für die Präventionsarbeit zur Verfügung. Noch mehr Schulklassen als bisher könnten die Gedenkstätten besuchen, und es könnte noch mehr Filme geben wie „Das Leben der anderen". So könnte es gelingen, die nachfolgenden Generationen gegen die aufkeimende DDR-Nostalgie und gegen jede Art von Totalitarismus zu immunisieren. *G.K.*

DENKWÜRDIGES URTEIL

Helle Empörung löste ein Urteil des Landgerichts Zwickau aus, das einem enttarnten ehemaligen inoffiziellen Stasi-Mitarbeiter „IM Schubert" Anonymität garantierte. Sein Name musste auf Tafeln einer Ausstellung „Christliches Handeln in der DDR" unkenntlich gemacht werden. Die Ausstellung wurde bislang 13 Mal gezeigt, unter anderem auch in dem Gericht, das den Stasi-Mitarbeiter jetzt deckte. Wie soll die Stasi-Aufarbeitung gelingen, wenn frühere Stasi-Spitzel und Denunzianten im Schutze solcher Urteile anonym bleiben dürfen? Wie sagte eine prominente ostdeutsche Bürgerrechtlerin nach der Wende leicht resignativ: „Wir wollten Gerechtigkeit und bekamen den Rechtsstaat!"

Die Kostenbewussten zahlen drauf

Die Wahl einer günstigen Krankenkasse schont das eigene Portemonnaie, und entlastet auch den Arbeitgeber. Wechselt z.B. ein Arbeitnehmer von der Kasse mit dem höchsten Beitragssatz in die mit dem niedrigsten, spart er ein Viertel des Beitrags. Das geht mit dem Start des Gesundheitsfonds 2009 nicht mehr. Ab dann gilt für alle gesetzlich Versicherten in Deutschland ein einheitlicher Beitragssatz.

Steigende Kosten

Die gesetzlichen Krankenkassen haben, wie auch die anderen Sozialversicherungszweige, vom Aufschwung profitiert und seit 2004 insgesamt 9,3 Milliarden Euro an Überschüssen angesammelt. In den Beitragssätzen spiegelt sich das nicht wider – sie verharren auf hohem Niveau. Im Schnitt belief sich der Beitragssatz der Kassen Anfang 2008 auf 14,9 Prozent; 2004 waren es 14,2 Prozent. Für die nach wie vor hohe Beitragslast gibt es zwei Gründe: Zum einen galt es für die Kassen, ihren Schuldenberg von über acht Milliarden Euro abzutragen. Den hatten sie bis 2003 angehäuft. Zum anderen steigen die Ausgaben je Versicherten Jahr für Jahr. So mussten die gesetzlichen Krankenversicherungen 2007 im Schnitt 2.185 Euro für jedes Mitglied aufwenden.

Seit Juli 2005 teilen sich Arbeitgeber und Arbeitnehmer den Kassenbeitrag nicht mehr brüderlich – die Beschäftigten müssen von den durchschnittlich 14,9 Prozent nunmehr 0,9 Prozentpunkte ohne Zutun ihres Chefs aufbringen. Wer clever war, konnte diesen Arbeitnehmersonderbeitrag aber auffangen und auch sonstigen Erhöhungen ein Schnippchen schlagen – indem er einfach seine Krankenkasse wechselte. Das geht seit 1996. Dieses Kassenhopping lohnt sich in jedem Fall finanziell: Anfang 2008 schwankte der Beitragssatz unter den bundesweiten Anbietern zwischen 12 und 16 Prozent. Bei regional operierenden Krankenkassen lag die Spanne zwischen 11,8 und 15,8 Prozent. Wechselt ein Beschäftigter zu einer günstigeren Kasse, kann er den Krankenversicherungsbeitrag derzeit um bis zu ein Viertel drücken. Aufs Jahr 2008 gerechnet kommen so bei einem Arbeitnehmer, der den Höchstbeitrag zahlt, 1.728 Euro zusammen – das teilen sich Arbeitnehmer und Arbeitgeber.

Fester Satz ab Januar

Doch die Versicherten haben nur bis Ende des Jahres Gelegenheit, über ihre Kassenwahl die Höhe des Beitragssatzes zu beeinflussen. Im November legt das Bundesgesundheitsministerium einen einheitlichen Satz fest, der ab dem Start des Gesundheitsfonds 2009 für alle Mitglieder gilt. Das hat weitreichende Folgen, vor allem für solche Unternehmen, deren Mitarbeiter sich bisher bei der Wahl ihrer Kasse kostenbewusst verhalten haben. Denn der einheitliche Beitragssatz wird sich am Durchschnitt orientieren; er würde also ohne Arbeitnehmersonderbeitrag genau 14 Prozent betragen. Die Arbeitgeber müssen dann für jeden gesetzlich Versicherten sieben Prozent abführen – egal an welche Kasse. Das sind rund anderthalb Prozentpunkte mehr als im momentan günstigsten Fall (siehe Grafik).

Einsparungen durch neue Vertragsmodelle etwa in Form von Beitragsrückerstattungen, Bonifikationen und Co. kommen dann nur noch den Arbeitnehmern zugute. Der Arbeitgeber bleibt auf dem Einheitsbeitrag sitzen. Doch auch für Versicherte könnte es zu einem bösen Erwachen kommen. Wer heute den niedrigsten Beitrag zahlt, muss künftig wie die Arbeitgeber 1,55 Prozentpunkte mehr abführen. Dadurch steigt auch der Arbeitnehmeranteil um bis zu 670 Euro pro Jahr. Hat der Beschäftigte Pech und muss – weil seine Kasse schlecht wirtschaftet – noch einen Malus von einem Prozentpunkt bezahlen, berappt er aufgrund des Gesundheitsfonds 1.102 Euro mehr für seine Krankenversicherung. Die bislang weniger kostenbewussten Versicherten werden dagegen durch den niedrigeren durchschnittlichen Beitragssatz belohnt – umgekehrt wäre es sinnvoll.

Quelle: Institut der Deutschen Wirtschaft

Zugreifen für nur
4,95 €1)
Jetzt die web 'n' walk DayFlat unter der Kurzwahl 2828 zubuchen und rund um die Uhr surfen und e-mailen.
Mehr Infos:
www.t-mobile.de/business
1. Platz connect Mobilfunk-Netzbetreiber des Jahres 2008
Laut connect-Leserwahl Heft 06/2008.
1) Mindestvertragslaufzeit 3 Monate. Zum Preis von 4,95 €/Tag buchbar, z. B. im Tarif web 'n' walk Plus (9,– €/Monat, Mindestvertragslaufzeit 24 Monate). Bei Buchung der web 'n' walk DayFlat entfällt das Volumen der voreingestellten Option web 'n' walk Medium. Das Abrechnungsintervall beginnt um 0 Uhr und endet um 24 Uhr. Besteht die Verbindung nach 24 Uhr weiter, werden 4,95 € für weitere 24 Stunden berechnet. Gilt nur im Inland mit unbegrenztem Nutzungsvolumen für ein- und ausgehenden paketvermittelten Datenverkehr. Die Nutzung von Voice over IP und Instant Messaging ist nicht möglich. Das Angebot ist mit den zugrunde liegenden Konditionen zunächst befristet bis zum 31.07.2008.
T Mobile

Wirtschaftsflügel macht mobil

Die Kritik des Wirtschaftsflügels an der Koalitionspolitik verschärft sich.

Die in einer Hau-Ruck-Aktion von der Koalition beschlossene Rentenerhöhung stieß in der Wirtschaft und sogar beim früheren Bundespräsidenten Roman Herzog auf Kritik und Unverständnis. Und sie brachte beim Wirtschaftsflügel der Union einen Stein ins Rollen, der nun wie ein Felsbrocken im Garten des Kanzleramtes liegt. Der „Spiegel“ überschrieb ein Gespräch mit dem MIT-Bundesvorsitzenden Josef Schlarmann mit dem Zitat „Die Grenze ist überschritten“ und die „Bild am Sonntag“ titelte „Diese Politiker wollen die Rentenerhöhung verhindern“.

Dr. Michael Fuchs führt den Parlamentskreis Mittelstand (PKM) der Unions-Bundestagsfraktion, dem ca. 135 MdB angehören. Er liebt das offene Wort.

„Ich halte die außerplanmäßige Rentenerhöhung nicht für richtig. Sie ist ungerecht gegenüber der jüngeren Generation, die immer stärkere Lasten schultern muss. Die Jungen zahlen viel in die gesetzliche Rentenkasse ein und werden nur wenig herausbekommen,“ sagte Michael Fuchs, der Vorsitzende des Parlamentskreises Mittelstand (PKM) der CDU/CSU-Bundestagsfraktion der „BamS“ und er fuhr fort, dass es in der Unionsfraktion einige gebe, die mit dem Beschluss Bauchschmerzen haben.

Im Handelsblatt mahnte Fuchs: „Der Reformeifer der Bundesregierung darf auch mit Blick auf die Bundestagswahl im nächsten Jahr nicht nachlassen.“ Vor allem müsse die Regierung alles dafür tun, die Lohnnebenkosten weiter zu senken. Zu den notwendigen Reformprojekten zählt der Wirtschaftsflügel laut Fuchs die geplante Evaluierung der arbeitsmarktpolitischen Instrumente. Ihre Zahl soll von 52 auf 25 halbiert werden, um finanziellen Spielraum für eine weitere Senkung des Arbeitslosenversicherungsbeitrags zu erhalten.

Kurt Lauk, der Vorsitzende des Wirtschaftsrates der CDU sagte der „BamS“: „Ich rate dringend, die Abgeordneten aus den Fraktionszwängen zu entlassen. Ihnen muss die Möglichkeit gegeben werden, in dieser fundamentalen Kursänderung nur und ausschließlich nach ihrem Gewissen zu entscheiden. Mit den Beschlüssen zur Rentenreform am Beginn der großen Koalition waren wir auf einem guten Weg. Jetzt ist es ein ordnungspolitischer Sündenfall, diesen Kurs zu verlassen.“

Prof. Dr. Kurt Lauk, Vorsitzender des Wirtschaftsrats der CDU und Europaabgeordneter, ist steter Mahner und Kritiker der Politik der großen Koalition.

Josef Schlarmann, Vorsitzender der Mittelstands- und Wirtschaftsvereinigung der CDU/CSU, äußerte sich ähnlich: „Mit der außerplanmäßigen Rentenerhöhung verabschiedet sich die große Koalition von der verlässlichen Rentenpolitik der Regierung Schröder. Damit wird das soziale Gleichgewicht in Deutschland gestört. Bei einer so zentralen Frage müssen die Abgeordneten das Recht haben, nach ihrem Gewissen zu entscheiden.“

Er nimmt kein Blatt vor den Mund und spricht in der Union unbequeme Wahrheiten an: MIT-Bundesvorsitzender **Dr. Josef Schlarmann** weiß seine Vereinigung geschlossen hinter sich.

Zu wenig reformfreudig

In einem über drei Seiten abgedruckten Gespräch mit dem Wochenmagazin Spiegel (Nr. 16/2008 vom 14. April) machte Schlarmann seinem Herzen und dem seiner MIT-Streiter über die reformmüde Politik der Koalition aus Union und SPD tüchtig Luft (siehe Kasten). Er bemängelte, dass sich in der Koalition so gut wie nichts bewege. Die Reformbilanz der Regierung Merkel bezeichnete er als „ungenügend" und Regierungsbeschlüsse wie die Rentenerhöhung, die im offenen Widerspruch zum CDU-Programm stünden, würden einfach durchgewinkt. Als weitere Beispiele nannte Schlarmann die Beschlüsse zur Pflegeversicherung, die in einer Beitragserhöhung mündeten und die Verlängerung des Arbeitslosengeldes I. Insgesamt machte er deutlich, dass sich die Aufbruchstimmung des Leipziger Parteitags von 2005 nach der Wahl sehr schnell verflüchtigt habe.

CDU-Generalsekretär Pofalla nannte die Kritik „unsachlich" und „nicht okay": „Das Deutschland des Jahres 2008 unterscheidet sich von dem Deutschland des Jahres 2005 dadurch, dass wir 1,6 Millionen Arbeitslose weniger haben – und der Vorsitzende der CDU-Mittelstandsvereinigung hätte auch darauf durchaus mal hinweisen können."

Im „Hamburger Abendblatt" (14.4.2008) übte Michael Spreng, Ex-Chefredakteur der BamS und ehemaliger Wahlkampfberater von Edmund Stoiber, in seiner Kolumne Kritik: „Es ist auffallend, dass die tollen Umfragewerte der Kanzlerin nicht auf ihre Partei durchschlagen. Angesichts der Misere der SPD müsste die CDU doch satt über 40 Prozent liegen. Bei fast allen Umfragen liegen CDU/CSU und FDP auf der einen Seite und SPD, Grüne und Linke auf der anderen Seite fast gleichauf. Ein paar Tausend Stimmen können möglicherweise 2009 darüber entscheiden, ob es erneut eine linke Mehrheit im Bundestag gibt, die – im Gegensatz zur jetzigen Legislaturperiode – nach einer Schamfrist sicher auch in ein Regierungsbündnis umgesetzt würde."

G.K.

Anzeige

Erbrecht/ Erbschaftsteuer/ Scheidung?
Bundesweit rd. 700 spezialisierte Rechtsanwälte und Steuerberater unserer Vereinigung benennen wir Ihnen unter
Tel.: 0911 - 244 37 70
oder unter
– www.dansef.de –

SPIEGEL-GESPRÄCH

Das sagte Josef Schlarmann dem Spiegel
(ausgewählte und zum Teil verkürzte Zitate)

Das (Verlängerung des Arbeitslosengeldes I, die Red.) haben wir Jürgen Rüttgers zu verdanken, der hat sich auf dem Dresdener Parteitag leider durchgesetzt. Damals wurde aber auch vereinbart, dass eine solche Wohltat nur Gesetz wird, wenn es gleichzeitig eine Lockerung des Kündigungsschutzes gibt. Davon ist keine Rede mehr, genauso wenig wie von einer echten Gesundheitsreform.

*

Die Grenze ist jetzt überschritten. Viele Mitglieder in der CDU fühlen sich nicht mehr richtig vertreten. Glauben Sie mir, mit der großen Koalition sind inzwischen mindestens zwei Drittel der Mitglieder unzufrieden.

*

Es gab keine vernünftige Wahlanalyse. Das ist die übliche Reaktion der Politik. Man versucht, Fehler zu übertünchen. Aber so folgt eine Fehleinschätzung der nächsten. Weil wir bei der letzten Wahl nur 35 Prozent geholt haben, glaubt die CDU-Führung in Berlin, sich neue Bündnispartner suchen zu müssen. Zum Beispiel die Grünen. Die sind mit ihrer Programmatik meilenweit von uns entfernt. Um mit Leuten wie Trittin koalieren zu können, müsste sich die CDU weiter verbiegen. Das wiederum verschreckt bürgerliche Wähler noch mehr. Es ist ein Teufelskreis.

*

(Angesichts der Aufteilung der Ressorts im Bundeskabinett nach der Wahl 2005) ... war mir sofort klar, dass diese Aufteilung jede Reformpolitik unmöglich macht. Wir haben damals ausgerechnet, dass 80 Prozent der Bundesmittel in der Hand von SPD-geführten Ministerien liegen.

*

Spiegel: Es gibt ein Zitat von Merkel: Ich will eine CDU, deren Mitglieder in die Meinungsbildung einbezogen werden, die selbstbewusst sind und diskutieren.

Schlarmann: Das stammt wirklich von ihr?

Spiegel: Ja, es ist aus ihrer Antrittsrede als CDU-Vorsitzende vom April 2000.

Schlarmann: Das sollte man ihr noch einmal sagen.

„MISTER ALLFINANZ“ REINFRIED POHL:

„Die Deutschen kümmern sich zu wenig um ihr Geld!“

Wenn Prof. Dr. Reinfried Pohl, Gründer und Vorstandsvorsitzender der Deutschen Vermögensberatung (DVAG), auf der jährlichen Bilanzpressekonferenz der Deutschen Vermögensberatung die Zahlen seines Unternehmens präsentiert, dann spitzt die deutsche Wirtschaftspresse die Ohren. Nicht zuletzt auch deshalb, weil er aktuelle Entwicklungen der Branche treffend kommentiert und seine Prognosen in den letzten Jahren immer eingetroffen sind. Auch dieses Jahr ließ es „Mister Allfinanz“, wie er im Titel des anlässlich seines 80. Geburtstags gerade erschienenen Buches auch genannt wird, nicht an klaren Worten fehlen.

Erfolgreichstes Geschäftsjahr

Sichtlich zufrieden und nicht ohne Stolz konnte Reinfried Pohl zunächst für das Geschäftsjahr 2007 ein Rekordergebnis seines Unternehmens präsentieren. Nicht nur angesichts der schwierigen Situation in der Finanzdienstleistungsbranche und einem nahezu stagnierenden Wachstum in der Versicherungswirtschaft haben die bemerkenswert guten Zahlen für Aufsehen gesorgt: Mit einem Umsatzwachstum von 16,4 Prozent stieg das Ergebnis auf über eine Mrd. Euro. Das Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit stieg sogar um 20,5 Prozent auf 209,2 Millionen Euro. Der Jahresüberschuss nahm um 10,6 Prozent auf 126,2 Millionen Euro zu. Damit ist dieser höher als bei der Mehrzahl der im M-Dax notierten Aktiengesellschaften.

„Die Deutsche Vermögensberatung hat ihre Spitzenposition im Finanzvertrieb ausgebaut und damit den Vorsprung gegenüber börsennotierten Mitbewerbern weiter vergrößert. Mit der Vermittlung von Finanzdienstleistungen erzielt die Deutsche Vermögensberatung im Inland mittlerweile mehr Umsatz als alle börsennotierten Finanzvertriebe zusammen!“, erklärte Pohl und veranschaulichte so nochmals die Dimension des enormen Erfolgs.

Dieser Erfolg sei gerade vor dem Hintergrund der insgesamt schwierigen Lage in der Branche, die u.a. auch von einer Verschärfung der regulatorischen Rahmenbedingungen gekennzeichnet sei, mehr als bemerkenswert. Es zeige sich immer deutlicher, dass Werte wie Vertrauen, Verlässlichkeit und Nachhaltigkeit, aber auch eine überzeugende Unternehmensstrategie, eine große Rolle spielten.

Führender Vermögensberater

Die Deutsche Vermögensberatung betreute zum Jahresende 2007 mit über 33.000 Vermögensberatern mehr als vier Millionen Bürgerinnen und Bürgern. Angesichts einer zunehmend breiten öffentlichen Diskussion zum Thema Altersarmut bemängelte Pohl: „Die Deutschen kümmern sich zu wenig um ihr Geld!“ Mit Blick auf die inzwischen mehr als zehn Millionen Riester-Sparer erinnerte Pohl daran, dass immer noch gut zwei Drittel der Antragsberechtigten keinen Riester-Vertrag abgeschlossen hätten. Die private Altersvorsorge sei daher auch im Jahr 2008 ein zentrales Thema. Bedauerlich bleibe es laut Pohl, dass die Politik immer noch nicht genug tue, um die Menschen auf die Notwendigkeit der privaten Vorsorge hinzuweisen und über die Ausmaße der staatlichen Förderung aufzuklären.

DVAG-Gründer und Vorstandsvorsitzender Prof. Dr. Reinfried Pohl präsentierte ein Rekordergebnis seines Unternehmens.

Altersvorsorge bleibt Zukunftsmarkt

Die Beratung in Sachen Altersvorsorge wird auch im Jahr 2008 ein Schwerpunkt der Deutschen Vermögensberatung sein. So vermittelten die Vermögensberater im Geschäftsjahr 2007 insgesamt 227.000 Riester-Verträge und erreichte die DVAG im Rürup-Geschäft mit einem Marktanteil von über 21 Prozent die Marktführerschaft. Zunehmend beraten die Mitarbeiter der DVAG aber auch mittelständische Unternehmen in Sachen betriebliche Altersvorsorge.

Attraktive Produktpartner

Ein Teil des Erfolgs gründet sich neben dem Allfinanzkonzept von Prof. Pohl auf die attraktiven Produktpartner. Mit den Gesellschaften der AMB Generali Gruppe, zu denen u. a. die Advocard Rechtsschutzversicherung, die Central Krankenversicherung und die AachenMünchener Versicherung gehören, und der Deutschen Bank und ihrer Fondsgesellschaft DWS können die Vermögensberater ihren Kunden qualitativ hochwertige Finanzprodukte anbieten, die je nach Wunsch sowohl sicherheits- oder renditeorientierte Anlageformen bieten.

Die DVAG will weiter wachsen

Den eingeschlagenen Weg, auf starke Partner zu setzen, werde die DVAG nicht verlassen, erklärte Pohl auch mit Blick auf die Entwicklung bei Wettbewerbern. Er sparte nicht an Kritik und nahm vor allem jene aufs Korn, die in der Finanzkrise eine Ursache für das schwache Wachstum der Branche suchten. Ein Blick auf die Zahlen der DVAG widerlege deren Aussagen als „töricht“, so Pohl wörtlich. Keine Zukunft räumte er zudem dem Verkauf von Versicherungen über Dritte aus dem Einzelhandel ein. Derzeit versuchten sich zwar Drogerien und Supermärkte teilweise in diesem Segment, aber die Erfolgsaussichten seien mehr als gering. Pohl: „Es bleibt dabei: Menschen brauchen Menschen. Eine persönliche Beratung und ein Vertrauensverhältnis zwischen Kunden und Vermögensberater sind die Grundvoraussetzung, um in wichtigen Fragen wie der privaten Vorsorge und der finanziellen Lebensplanung die richtigen Entscheidungen zu treffen.“ Für das Jahr 2008 erwartet Pohl erneut ein zweistelliges Wachstum seines Unternehmens. *M.M.*

Betriebsunfall

Berufsgenossenschafts-Reform?

Der schwarz-roten Koalition gelingt abermals kein großer Wurf. Berlin vertagt eine Modernisierung des Leistungsrechts. Übrig bleibt eine umstrittene Organisationsreform.

Nach jahrelanger Debatte kapituliert die Bundesregierung endgültig vor der 2005 im Koalitionsvertrag vereinbarten umfassenden Neuordnung der gesetzlichen Unfallversicherung. Der Mitte Februar vom Bundeskabinett auf den Weg gebrachte Gesetzentwurf verzichtet auf eine Neufassung der Leistungen und beschränkt sich auf eine organisatorische Straffung des Systems, das damit wenigstens im Verwaltungsbereich effizienter, wirtschaftlicher und unbürokratischer werden soll.

Unter anderem ist vorgesehen, die Zahl der Berufsgenossenschaften bis Ende 2009 von heute 23 auf dann neun zu reduzieren. Das soll zur Senkung der Verfahrenskosten und einer Verringerung der aktuellen Beitragsspreizung führen. Zwar liegt der durchschnittliche Satz nur bei 1,3 Prozent. Doch sind die Abweichungen in einigen Branchen beträchtlich und können acht Prozent der Grundlohnsumme erreichen. Dass die Berufsgenossenschaften zudem bislang das Insolvenzgeld für die Bundesagentur für Arbeit einziehen, lässt die Beitragslast gerade in konjunkturell schlechten Zeiten optisch noch größer erscheinen. Dem will man dadurch abhelfen, dass dieses Inkasso jetzt in den monatlichen Einzug des Gesamtsozialversicherungsbeitrags integriert wird. Mit der „Gemeinsamen Deutschen Arbeitsschutzstrategie“ möchte der Bund außerdem ein abgestimmtes Handeln aller Akteure erreichen, um so die gerade vom Mittelstand beklagten, lästigen Doppelprüfungen durch Berufsgenossenschaften und Gewerbeaufsicht zu vermeiden.

Kern des Vorhabens ist ein neues Solidarsystem zwischen den gewerblichen Trägern, der so genannte „Überaltlastenausgleich“. Das klingt komplizierter als es ist. Der Beitragssatz zur Unfallversicherung bemisst sich nach Gefahrenklassen und der Lohnsumme. Unfallträchtige Branchen zahlen relativ mehr als andere. Doch bildet dies Strukturveränderungen der Wirtschaftszweige nicht ab. So sind auf dem Bau zwar die Unfälle rapide gesunken, aber auch die Zahl der Beschäftigten. Weniger Arbeitnehmer müssen daher überproportional mehr zahlen, weil sie ihre Bestandsrentner auf Jahrzehnte finanzieren. Nun sollen diese Altlasten gerechter und breiter verteilt werden. Der vorgesehene Verteilungsschlüssel sorgt allerdings für Ärger bei den künftigen Zahler-Branchen wie Handel, Versicherung und Verwaltung. Außerdem führt er dazu, dass Kleinbetriebe, die unter die Freibetragsregelung fallen, nicht mehr vollständig vom Umlagesystem freigestellt sind. Dass Post, Telekom, Bahn und Hunderte anderer halböffentlicher Unternehmen sich weiterhin dieser Zwangssolidarität entziehen können und von niedrigen Beiträgen der staatlichen Unfallkasse profitieren, beleuchtet eine andere Schieflage der Reform. Nach heftigem Widerstand von Arbeitgebern und Gewerkschaften nahm die Bundesregierung immerhin Abstand von ihrem ursprünglichen Plan, den Spitzenverband des ältesten Sozialversicherungszweigs durch „Verkörperschaftung“ enger an die staatliche Kandarre zu nehmen. Dieses Zugeständnis bezahlt die Selbstverwaltung nun aber im Gegenzug dadurch, dass sie nicht nur einer Rechts-, sondern auch einer strengen Fachaufsicht unterstellt werden soll.

Ganz unglücklich ist die Wirtschaft mit der Rumpf-Reform nicht - getreu dem Motto: keine Veränderungen auf der Leistungsseite sind besser als teuere Verschlimmbesserungen à la SPD. Uneins sind sich die Experten indes noch darüber, ob am Ende tatsächlich weniger Bürokratie herauskommt. So müssen die Unternehmen etwa durch die Übertragung des Betriebsprüfdienstes der Berufsgenossenschaften auf die Rentenversicherung ab 2010 umfangreichere Datensätze als bisher erstellen, die außerdem nicht mehr nur jährlich, sondern monatlich zu melden sind. Damit das Projekt nicht zum Betriebsunfall wird, werden die Parlamentarier dem Gesetzentwurf bei ihren Beratungen wohl noch den ein oder anderen Giftzahn ziehen müssen. *kss*

„Wir wollen deutliche Nachbesserungen im Bundestag erreichen. Der neue Lastenausgleich sollte zielgerichteter sein und muss Kleinbetriebe auch in Zukunft vollständig befreien. Unternehmen der öffentlichen Hand gehören hingegen endlich hinein. Die Selbstverwaltung darf nicht durch übertriebene staatliche Fachaufsicht ausgehöhlt werden. Und für Arbeitgeber muss die Reform weniger statt mehr Bürokratie bedeuten. Schließlich sollten wir auch das Thema Versicherungsschutz bei Schwarzarbeit endlich anpacken.“

Die stellvertretende Vorsitzende des Parlamentskreises Mittelstand (PKM), Andrea Voßhoff, MdB, betreut das Unfallversicherungsmodernisierungsgesetz (UVMG) für den Wirtschaftsflügel der Unionsbundestagsfraktion.

Mezzanine-Kapital als Erfolgsmodell?

Foto: Pitopia

Bei jedem Kredit geht es heute ums Rating und damit um die Frage, wie viel Zinsen muss ich zahlen?

Wann immer ein mittelständischer Unternehmer mit seiner Bank oder Sparkasse über Investitionsdarlehen oder Krediterweiterung verhandelt, wird die Eigenkapitalquote seiner Firma zur wichtigsten Kennzahl bei der Bonitätsbewertung. Regelmäßige Analysen, wie sie beispielsweise vom Verband der Vereine Creditreform durchgeführt werden, fördern je nach Branche, Unternehmensgröße, Betriebsalter und geografischer Lage höchst unterschiedliche Entwicklungen zu Tage.

Ohne Rating geht nichts mehr

Hardy Gude, Volkswirt aus der Wirtschaftsforschung von Creditreform, sieht einen nachhaltigen Einfluss auf die Finanzierungsbedingungen der mittelständischen Wirtschaft: „So fordern die Basel-II-Richtlinien von den Banken eine stärkere Berücksichtigung von Ausfallrisiken bei der Kreditvergabe an Unternehmen. Betriebe, die eine schlechte Bonität und damit hohe Risiken aufweisen, müssen bei der Aufnahme von Fremdkapital mit höheren Zinssätzen oder der Ablehnung des Kreditgesuchs rechnen. Auch werden infolge der von faulen US-Hypothekendarlehen ausgelösten Kreditmarktkrise die Risikoeinschätzungen neu justiert."

Alternative Finanzierungsinstrumente wie Factoring – also der Verkauf kurzfristiger Forderungen – sowie Beteiligungs- oder Mezzanine-Kapital fänden zwar zunehmend Beachtung, ihre Verbreitung sei aber immer noch gering. Einer der Gründe: Ohne Rating geht praktisch nichts mehr. Der Factor will auf diese Weise erfahren, wie groß die Chance ist, dass die offenen Rechnungen auch tatsächlich bezahlt werden. Und haftendes Kapital auf Zeit wird lediglich dann bereitgestellt, wenn die Rückzahlung mehr als nur halbwegs gesichert ist. Der schöne Vergleich von Mark Twain hat letztlich nichts von seiner Bedeutung verloren: „Kredit ist ein Regenschirm, den man bei Sonnenschein bekommt, aber beim ersten Regentropfen zurückgeben muss."

Diszipliniert Rücklagen bilden

Bei den seit 2003 zunächst von der Hypovereinsbank und nun von den meisten Geldhäusern stark propagierten Mezzanine-Produkten bleiben dem Unternehmer wenigstens sieben Jahre bis zum Fälligkeitstermin. Doch Stephan Klier von der Dresdner Bank stellt klar: „Die Laufzeit ist bei solchen Standardangeboten nicht verhandelbar."

Das Besondere bei einer Mezzanine-Finanzierung: Sechs Jahre lang kann die zur Verfügung gestellte Summe in der Bilanz als haftendes Eigenkapital ausgewiesen werden. Das verbessert das Rating, was möglicherweise bei frühzeitigen Verhandlungen über eine Anschlussfinanzierung wichtig werden kann. Ein Jahr vor der Rückzahlung verliert Mezzanine nämlich seinen Eigenkapital-Charakter. Und am Zahltag wird nicht nur die gesamte Summe auf einen Schlag fällig, sondern zusätzlich die noch ausstehenden Zinsen sowie die vom Gewinn abhängigen

Boni. Deshalb ist es ratsam, diszipliniert Jahr für Jahr entsprechende Rücklagen zu bilden.

Zurückhaltung im Mittelstand

Weit über drei Milliarden Euro sollen in den vergangenen vier Jahren in diese gar nicht so neue Finanzierungsform geflossen sein. Die Idee stammt wie der Name aus dem italienischen Wohnungsbau und bezeichnet ein Zwischengeschoss. Auch Mezzanine-Produkte sind Zwitter zwischen Kapitalbeteiligung und Kreditverpflichtung.

„Als Folge fauler US-Hypothekendarlehen werden die Risiken hierzulande neu justiert."
Hardy Gude, Creditreform

Doch während bei durchaus vergleichbaren Nachrangdarlehen, stillen Beteiligungen oder Genussrechten Kapitalkosten von deutlich mehr als zehn Prozent üblich sind, buhlen Mezzanine-Anbieter schon mit Zinssätzen unter sechs Prozent um die mittelständische Klientel. Doch der dabei genannte Nominalzins ist für einen Preisvergleich völlig ungeeignet (siehe „Nebenkosten beachten").

Die Zurückhaltung kleiner und mittlerer Betriebe bei diesem Finanzierungsmodell wird noch aus einem anderen Grund verständlich. Die regelmäßigen Befragungen von Creditreform belegen: „Unverkennbar steigt seit nunmehr fünf Jahren der Anteil der Unternehmen, die eine ausreichend große Eigenkapitalausstattung aufweisen. So erreicht aktuell jeder vierte Mittelständler eine Eigenkapitalquote von mehr als 30 Prozent. Allerdings müssen trotz der positiven Tendenzen auch 2007 fast 35 von 100 mittelständischen Betrieben als unterkapitalisiert angesehen werden."

Fazit: Die nicht zuletzt konjunkturell bedingt gute Situation im verarbeitenden Gewerbe kann nicht darüber hinwegtäuschen, dass sich beispielsweise die Lage in der Baubranche weiter verschärft hat. Da hilft auch Mezzanine-Kapital nicht weiter. Wenn es überhaupt zur Verfügung gestellt wird...

hw

Foto: Getty Images

Mezzanine-Finanzierungen zielen vor allem auf KMU ab wegen ihrer geringen Eigenkapitalquote. Bei allen Angeboten empfiehlt es sich, ganz genau hinzusehen.

NEBENKOSTEN BEACHTEN

Zinsen: Die von den Geldhäusern für Mezzanine-Produkte offerierten nominalen Zinssätze gelten nur für Firmen mit bester Bonität und können durchaus zwischen sechs und zehn Prozent differieren. Anders als bei herkömmlichen Darlehen entstehen darüber hinaus weitere Kosten.

Rating: Bevor ein Vertrag unterschrieben wird, verlangen die Mezzanine-Anbieter ein aktuelles Rating, das zudem in aller Regel jedes Jahr zu erneuern ist. Abhängig von der Unternehmensgröße und der Finanzierungstranche liegen die Gebühren wenigstens bei 3.000 Euro, können aber auch den zehnfachen Betrag ausmachen. Vor allem, wenn eine so genannte Due-Diligence-Prüfung verlangt wird. Wer das Angebot seiner Hausbank annimmt, kann indes auf ein bereits bestehendes Rating verweisen.

Disagio: Als eine Art Bearbeitungsgebühr ist es üblich, dass ein Teil des vereinbarten Kapitals vorab als Disagio einbehalten wird, also lediglich 96 oder 98 Prozent tatsächlich ausgezahlt werden.

Erfolgsbeteiligung: Da es sich bei Mezzanine um Eigenkapital-Ersatz handelt, wollen die Finanzierer zusätzlich zu den Zinsen auch am Unternehmenserfolg beteiligt werden. Bis zu zwei Prozent sind üblich, wenn die zuvor definierten Erfolgskriterien erreicht werden. Verluste führen hingegen nicht zu einer Minderung der Zinszahlungen.

Honorare: Wer die Verträge vor der Unterschrift vorsichtshalber von einem Rechtsanwalt und/oder Steuerberater überprüfen lässt, hat deren Honorare aus der Firmenkasse zu begleichen.

MEZZANINE-KAPITAL

Mezzanin, das, niedriges Zwischengeschoss, meist zwischen Erdgeschoss und erstem Obergeschoss - Mischform aus Eigen- und Fremdkapital, das je nach Ausgestaltung stärker eigen- bzw. fremdkapitalähnliche Züge aufweisen kann. Wesentliche Charakteristika sind zeitliche Befristung, in der Regel fehlende dingliche Besicherung, Nachrangigkeit gegenüber anderen Gläubigern im Falle der Liquidation sowie flexible Ausgestaltung der Konditionen. Bekannteste Formen des Mezzanine-Kapitals sind Genussscheine, Options-, Wandel- und Nachrangdarlehen sowie stille Beteiligungen (stille Gesellschaft).

nach: Der Brockhaus – Wirtschaft –

Im Betrieb lauern eine Menge Risiken. Fast gegen alle kann man sich versichern.

Versicherungen: Leicht unterschätzte Risiken

Ob privat oder im Betrieb – Versicherungen, die irgendwann einmal abgeschlossen wurden, kommen höchst selten auf den Prüfstand. Dabei wäre die Anpassung der Policen an die aktuelle Geschäftsentwicklung oft genug dringend erforderlich. Beispiel: Der Schrauben und Normteile liefernde Großhändler hat einen Fahrzeugproduzenten als neuen Kunden gewonnen. Wird nun trotz interner Qualitätskontrolle ein schadhaftes Teil ausgeliefert, was dazu führt, dass Tausende Autos in die Werkstätten zurückgerufen werden, können die dann fälligen Regressforderungen den Mittelständler ganz schnell in den Ruin treiben. Wenn er keine entsprechende Risikohaftpflichtversicherung abgeschlossen hat.

„Die Kosten für den Umweltschutz können jetzt ganz schnell explodieren“
Hans Georg Neumann
HDI-Gerling

Die großen Assekuranzunternehmen haben für solche Gefahrenanalysen eigene Risiko-Management-Abteilungen installiert, die mit Hilfe von Datenbanken mögliche Schäden nach Höhe und Häufigkeit beurteilen und individuell angepasste Vorschläge unterbreiten.

Ganz neu und deshalb im Bewusstsein der meisten mittelständischen Unternehmer noch nicht angekommen, sind die aus dem Naturschadengesetz resultierenden ökologischen Folgeschäden. Denn: Wenn es die Umweltbehörde verlangt, sind Unternehmen zum Schadenersatz verpflichtet, wenn durch ihre Produktion oder Dienstleistung Gewässer, Ländereien, Tiere oder Pflanzen maßgeblich beeinträchtigt werden.

Hans-Georg Neumann, Haftpflichtexperte bei HDI-Gerling, hält eine Überprüfung bestehender Haftpflichtversicherungen für unbedingt erforderlich und rät bei Bedarf zum Abschluss spezieller Umwelt-Policen nach den aktuellen Kriterien. Denn: „Die Kosten, die das neue Gesetz in den Betrieben möglicherweise verursacht, können ganz schnell explodieren.”

Um die Größenordnung darzustellen, wird gerne mit der Umweltkatastrophe im spanischen Nationalpark Donana argumentiert, als nach einem Dammbruch giftige Schlammmassen die Gewässer verseuchten. Die Schadensregulierung hat bislang 240 Millionen Euro gekostet und ist noch nicht abgeschlossen. Doch die Umweltbehörde kann hierzulande auch einen Dachdeckermeister haftbar machen, wenn durch seine Arbeiten an einem Kirchturm seltene Eulen vertrieben werden. Das Beispiel der geschützten Fledermaus aus Dresden, die fast den Bau der umstrittenen Waldschlösschenbrücke verhindert hätte, ist noch in guter Erinnerung.

Die einzelnen Bundesländer weisen im Internet bestehende Naturflächen aus. Vor allem an Firmen aus dem produzierenden Gewerbe, die eine Gefahr für die Umwelt darstellen, werden nun deutlich strengere Maßstäbe angelegt. Entscheidend ist, welche Empfindlichkeiten nahe gelegene Naturschutzräume aufweisen. Oft reicht schon eine Basisversicherung mit einer Deckungssumme von einer Million Euro, wenn ein Unternehmen als „wenig gefährdend” eingestuft wird. Mitunter ist allerdings auch eine Erhöhung auf drei oder zehn Millionen Euro notwendig, falls sich nach den neuen Kriterien ein größeres Risiko ergibt. *cw*

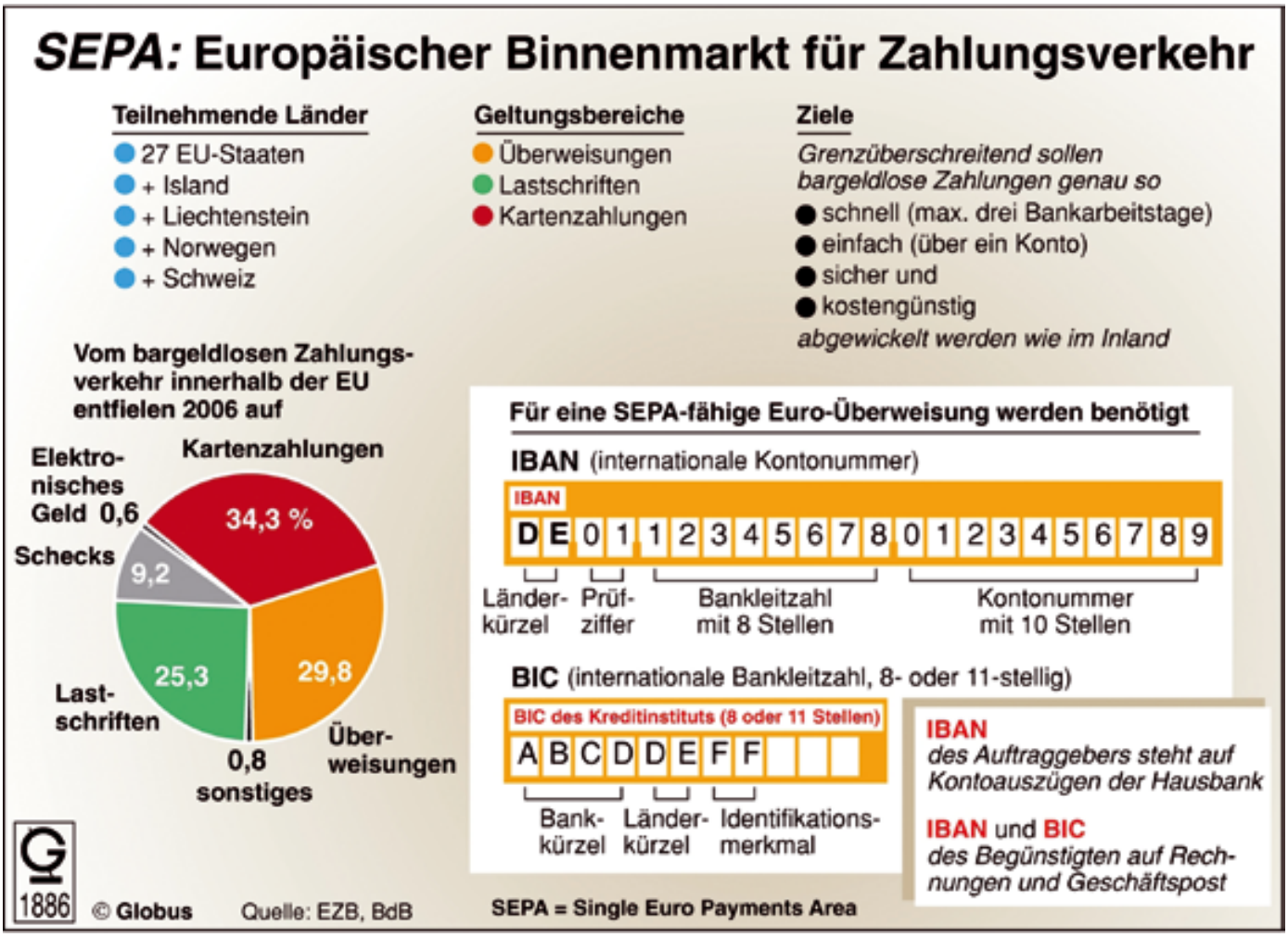
SO TEUER KANN DIE POLICE SEIN

Da die Beiträge für Versicherungen gegen verursachte Umweltschäden in der Regel erst nach individueller Prüfung von Standort und Tätigkeit der Betriebe festgelegt werden, können die genannten Sätze lediglich der allgemeinen Orientierung dienen. Sie wurden von Gesellschaften genannt für:

Handwerker mit nur einer Betriebsstätte, seit neun Jahren selbstständig tätig, mit einem Jahresnettoumsatz von 300.000 Euro und zwei Mitarbeitern, der noch keinen entsprechenden Versicherungsschutz hat.

Produzierendes Gewerbe mit acht Mitarbeitern und zwei Betriebsstätten, 1,7 Millionen Euro Jahresnettoumsatz, Betriebshaftpflicht- und Umwelthaftpflichtversicherung vorhanden.

Gesellschaft	Jahresbeitrag Handwerk	Produktion
HDI-Gerling	200 bis 300 Euro	100 bis 1.100 Euro
Axa	etwa 660 Euro	etwa 300 Euro
Marsh	etwa 150 Euro	etwa 250 Euro
Zürich	k.A.	0 Euro, weil in der Prämie zur Umwelthaftpflicht enthalten



Zahlungsverkehr

Einheitliche Regeln in Europa

Nachdem es hierzulande gelungen ist, zumindest größere Geldbeträge innerhalb eines Tages von Hamburg nach München oder Köln zu überweisen, soll es ähnlich schnell auch zwischen Berlin und Barcelona möglich sein. Anfang 2008 ist auch für den bargeldlosen Zahlungsverkehr in Europa eine neue Zeitrechnung angebrochen. Die Spitzenverbände aus 31 europäischen Ländern haben sich zu diesem Zweck auf ein einheitliches Euro-Überweisungsformular verständigt. Und: Die Gebühren zwischen Inlands- und Auslandstransfer dürfen sich nicht länger unterscheiden – im einheitlichen Euro-Zahlungsverkehrsraum SEPA (Single Euro Payments Area) werden alle Zahlungen wie inländische Zahlungen behandelt.

Bislang war es nämlich durchaus möglich, dass für die überwiesenen 200 Euro als Anzahlung für eine angemietete Ferienwohnung in Italien von der Hausbank zehn Euro extra berechnet wurden, bei größeren Beträgen war sogar eine prozentual angepasste Provision üblich. Zwar schwanken die Kosten innerhalb Europas immer noch zwischen einem Cent und 31 Cent pro Auftrag, doch Deutschland rangiert nun unter den günstigsten Anbietern.

Ein Formular für In- und Ausland

„Die größten Gewinner sind in diesem ersten Schritt Unternehmen, die international aktiv sind", lobt Gregor Roth, der bei der genossenschaftlichen DZ-Bank für den Zahlungsverkehr verantwortlich ist. Die Firmen müssten künftig in ihren Computern nur noch ein Datenformat für Zahlungen verarbeiten statt für jedes Land ein anderes. Auch Überweisungen innerhalb der Bundesrepublik können mit dem neuen Formular abgewickelt werden. Parallel dazu bleiben die alten Exemplare für eine Übergangszeit ebenfalls gültig.

Das so genannte SEPA-Verfahren funktioniert über zwei neue, gewöhnungsbedürftige Ziffern- und Buchstabenangaben. Statt Kontonummer des Begünstigten sowie Bankleitzahl und Namen seines Geldhauses einzutragen, werden diese Daten jetzt durch IBAN – das ist eine bis zu 34 Stellen lange internationale Kontonummer – und BIC – die zugehörige internationale Bankleitzahl – ersetzt. Beide Angaben sollten auf Rechnungen und Geschäftspapieren des Begünstigten zu finden sein. Neben Betrag und Verwendungszweck wird wie bisher der Name des Auftraggebers eingetragen, doch statt der eigenen Konto-

Foto: Pitopia

Zwar kann man mit der Maestro-Karte jeden der 54.000 deutschen Geldautomaten aktivieren, aber die Gebühren sind unterschiedlich hoch – **ein Ärgernis.**

nummer nun die deutlich längere IBAN der ausführenden Bank oder Sparkasse. Diese Angabe ist auf allen Kontoauszügen gedruckt.

Einheitstarif lässt warten

„Nicht nur Überweisungen und Lastschriften, auch Kartenzahlungen sollen zukünftig Teil des gemeinsamen Binnenmarktes für Zahlungsverkehrsprodukte sein", schreibt der Bundesverband deutscher Banken in seiner Broschüre über „Einheitliche Zahlungsinstrumente für Europa". Vorsichtshalber wird allerdings kein Termin genannt, wann Franzosen mit ihren Cartes Bancaires auch auf der Düsseldorfer Königsallee einkaufen und deutsche Paris-Touristen über das hierzulande stark verbreitete Electronic-cash-System überall bezahlen können.

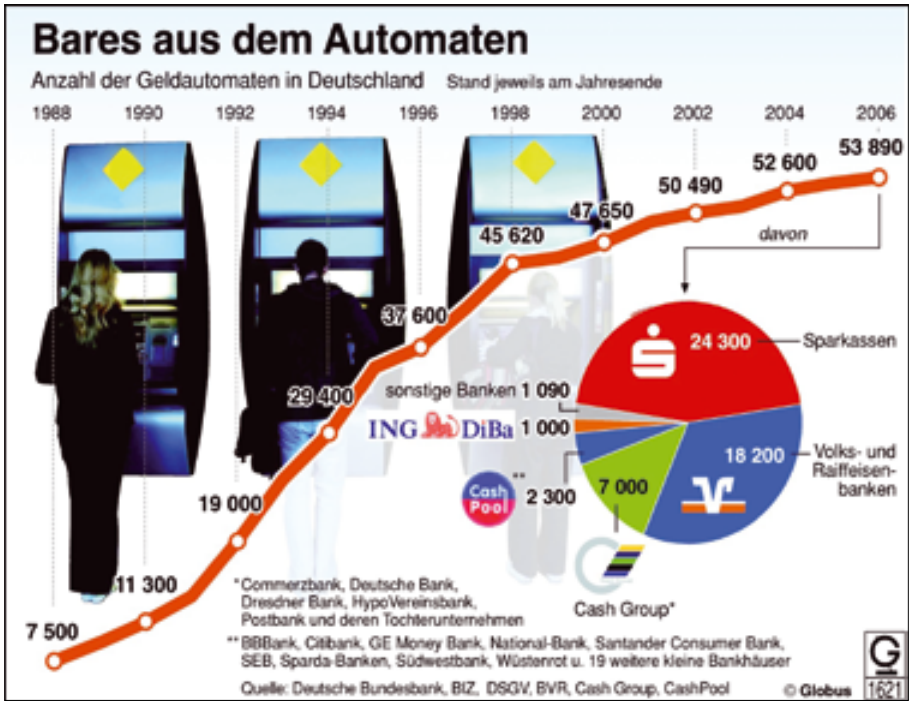
Bislang helfen da nur die kleinen Kreditkärtchen von Visa, MasterCard oder American Express weiter. Oder aber Bargeld vom eisernen Kassierer. Die dabei fälligen Gebühren wurden vereinheitlicht, es ist also im Ausland gleichgültig, bei welchem Institut der Automat benutzt wird.

Nicht so in Deutschland mit seinem dreigliedrigen System aus Sparkassen (24.300 Geldautomaten), genossenschaftlichen Instituten (Volksbanken und Raiffeisenbanken mit 18.200 Automaten) sowie den Groß- und Privatbanken mit den noch einmal unterteilten Cash Group (7.000) und Cashpool (2.300 Automaten). Zwar kann der Kunde mit seiner Maestro-Karte jeden beliebigen Geldautomaten aktivieren, doch die dann fälligen Gebühren differieren erheblich. Gruppendisziplin ist angebracht, dann ist der Service kostenlos. Fremdgehen wird dagegen bestraft. Von einem Einheitstarif ist die Finanzbranche weit entfernt. Allerdings ist der Markt in Bewegung geraten. Kunden der größten deutschen Direktbank ING DiBa können durch Einsatz der Visa-Debit-Karte fast alle der rund 54.000 deutschen Automaten ohne Gebühr nutzen.

hw

EUROPÄISCHE LASTSCHRIFT

In einem zweiten Schritt soll dann ab November 2009 auch das vor allem in Österreich, Deutschland und den Niederlanden beliebte Lastschriftverfahren europaweit eingeführt werden. Diese Anpassung dürfte indes deutlich schwieriger sein, denn die Lastschrift unterscheidet sich fundamental von der Überweisung, weil die Belastung auf dem Konto des Zahlungsverpflichteten von diesem genehmigt sein muss. Damit hängt auch die Widerspruchsmöglichkeit eng zusammen.



Fremdgehen wird teuer

Gebühren für Geldabheben mit der Maestro-Karte an einem gruppenfremden Automaten:

Deutsche Kreditbank		10,00 €
Berliner Sparkasse		6,00 €
GE MoneyBank	1 %, mind.	5,95 €
Sparkasse Leipzig		5,00 €
Deutsche Bank	1 %, mind.	4,99 €
Postbank	1 %, mind.	4,80 €
Dresdner Bank	1 %, mind.	4,50 €
Stadtsparkasse München		4,50 €
Sparda Bank	1 %, mind.	4,00 €
Commerzbank		3,98 €
HypoVereinsb.	1 %, mind.	3,95 €
ING DiBa	1 %, mind.	3,95 €
Hamburger Sparkasse	1 %, mind.	3,95 €
Citibank	1 %, mind.	3,90 €
Stadtsparkasse Düsseldorf		3,50 €

Der tägliche Kampf gegen die Uhr

Foto: BilderBox

Die Uhr tickt unerbittlich

Stress, Burnout-Syndrom, Hurry Sickness – längst haben sich solche Begriffe aus der amerikanischen Arbeitswelt auch hierzulande breitgemacht, und die Symptome heißen auf gut Deutsch: Herzbeschwerden, Kopfschmerzen, Magengeschwüre. Der ärztliche Hinweis „Sie arbeiten zu viel" ist gut gemeint und kollidiert doch mit der beruflichen Praxis. Gerade bei den Chefs mittelständischer Unternehmen und ihrem Führungspersonal. Die Uhr tickt unerbittlich. Am Computer, bei Telefonaten, in Konferenzen, selbst im Urlaub.

Jeder Tag stellt 24 Stunden oder 1.440 Minuten zur Verfügung, und doch schaffen es viele nicht, in dieser Zeit alle Arbeiten zur eigenen Zufriedenheit zu erledigen. Ein wichtiger Grund: Die meisten Menschen haben es nicht gelernt, Prioritäten zu setzen. Auch wenn sie schon mal in einem Buch über Zeitmanagement geblättert haben. Die dort ebenfalls gut gemeinten Ratschläge scheitern an der fehlenden Fähigkeit zur Umsetzung im beruflichen Alltag. Ermutigend ist da schon, dass zu jeder Regel auch Ausnahmen gehören. Denn: Der tägliche Kampf gegen die Uhr kann durchaus gewonnen werden.

Der Begriff Zeitmanagement lässt sich leicht fehlinterpretieren. „Denn es geht nicht darum, noch mehr Dinge in noch kürzerer Zeit zu schaffen", erklärt Ute Elisabeth Herwig, die ein Buch über „Zeit-Diät" geschrieben hat. Vielmehr gelte es, negative Gewohnheiten, wie überbordenden Perfektionismus zu bekämpfen oder auch eine schier endlose Aufschieberitis. Herwig: „Das Geheimnis gegen Aufschieben heißt Anfangen." Und: „Der Trick ist, sich eine kleine Zeiteinheit zu setzen, nach der man sich selbst wieder freigibt. Wenn man zum Beispiel eine ungeliebte Aufgabe angehen will, sollte man sich versprechen, zunächst nur eine Viertelstunde daran zu arbeiten. Nach fünf Minuten wird das Thema überschaubar sein, und der Berg von Aufgaben hat sich in einen kleinen Hügel verwandelt."

Voll-Tischler und Leer-Tischler

Nicht von ungefähr unterscheiden Arbeitspsychologen den „Voll-Tischler" mit seinem ständig überfüllten Schreibtisch vom „Leer-Tischler", der stets abends einen aufgeräumten Arbeitsplatz hinterlässt, weil er Überflüssiges weggeworfen und Wichtiges zugeordnet hat. Denn nur mit einer soliden Selbstorganisation ist der Papierberg auf dem Schreibtisch zu bewältigen und das ständige Pling bei eingehenden E-Mails zu ertragen.

Von den vielen Ratschlägen zum effizienten Zeitmanagement ist vielleicht das Pareto-Prinzip ganz sinnvoll, auch 80:20-Regel genannt. Denn der italienische Wirtschaftswissenschaftler Vilfredo Pareto hatte entdeckt, dass in den meisten Situationen 20 Prozent des Aufwands genügen, um 80 Prozent des Ergebnisses zu erreichen. Oder anders ausgedrückt: Wir leisten uns weitere 80 Prozent an Zeit, um lediglich die restlichen 20 Prozent zu bearbeiten. Zugegeben, das ist kein guter Rat für Perfektionisten, doch Perfektion am falschen Ort kostet nur unnötig Zeit.

„Im Wesentlichen besteht die Zeitgestaltung aus Entscheidungen, etwas nicht zu tun", schreibt die Expertin Herwig. „Nicht das eine Ja am Tag ist wichtig, sondern die 100 Neins, in denen man sich entscheidet, etwas nicht zu tun."

Prioritäten setzen

Erste Priorität
haben Aufgaben, die mit dem Schicksal des Unternehmens in unmittelbarem Zusammenhang stehen und nicht delegierbar sind. Sie müssen sofort erledigt werden, etwa eine wichtige Verhandlung mit dem Kreditsachbearbeiter der Hausbank über die Verlängerung eines Investitionsdarlehens.

Zweite Priorität
bekommen Tätigkeiten von mittlerer Bedeutung wie Kontrollen innerhalb des Betriebs, Kundenbesuche oder Mitarbeitergespräche.

Dritte Priorität
haben Routinearbeiten wie die Beantwortung von E-Mails oder schriftlicher Korrespondenz, also Aufgaben, die auch fähige Mitarbeiter erledigen können.
Der Wirtschaftswissenschaftler Helmar Nahr hat es ebenso einfach wie treffend ausgedrückt: „Prioritäten setzen heißt auswählen, was liegen bleiben soll."

CW

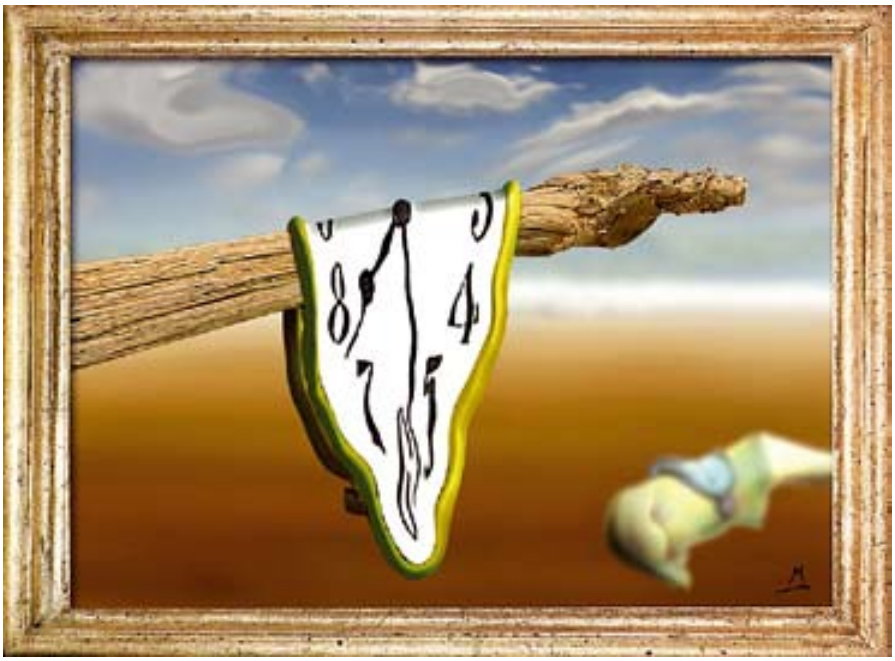
SYMBIOSE VON ELEKTRONIK UND PAPIER

Papier und Elektronik schließen sich im modernen Zeitmanagement nicht aus, ganz im Gegenteil. Sie können sich sogar sehr gut ergänzen. Mit einem elektronischen Organizer bzw. Personal Digital Assistent (PDA) läuft vieles höchst effizient. Doch selbst die modernste Zeitplanung muss stets „anfassbar" bleiben. Gedanken, Ziele, Besprechungsnotizen, Ideen, Einfälle wollen notiert, gezeichnet, dargestellt werden. Dazu braucht man besondere Planungshilfen und Checklisten auf Papier. Diesen Spagat schafft das System „eTiming" von SchmidtColleg. Ein ausgeklügeltes System an Notiz-, Kreativitäts- und Übersichtsmöglichkeiten, speziell zur Ergänzung eines elektronischen Zeitmanagementsystems, bietet alle Möglichkeiten. Beide Systeme – Papier und PDA – kombinieren sich zu einer durchdachten Einheit.

Info: ***info@schmidtcolleg.de***

Gute Zuhörer verkaufen besser

Wer kennt das nicht? Da kommt der stets gut gelaunte Außendienstmitarbeiter einer befreundeten Software-Firma und erzählt als Gesprächseinstieg einen Witz. Und dann noch einen. Um anschließend seine Erkenntnisse zum Länderspiel der deutschen Fußballnationalmannschaft zum Besten zu geben und wie denn wohl die SPD mit der Linkspartei umzugehen hat. Das geht eine halbe Stunde so, bis der Mensch endlich zum Anlass seines Besuchs kommt. Er will schließlich etwas verkaufen, und doch hat er möglicherweise seine Chancen auf einen erfolgreichen Abschluss deutlich vermindert. Denn er stiehlt dem Chef wertvolle Zeit mit dem für ihn belanglosen Geschwätz. Auch wer nicht gleich mit der Tür ins Haus fallen will, sollte sich deshalb beim Smalltalk eher kurz fassen. Besser gleich nach den Zielvorstellungen des Kunden fragen, etwa: „Was genau wollen Sie mit einem neuen System erreichen?"



Die Zeit verrinnt, manchmal auch im Verkaufsgespräch: Das bekannteste Symbol dafür ist wohl Dalis Uhr, hier in einer freien Adaption.

Richtige Frage, richtiger Zeitpunkt

Umberto Saxer, einer der erfolgreichsten Verkaufstrainer in Europa, rät: „Die Kunst liegt darin, die richtigen Fragen zum richtigen Zeitpunkt zu stellen und danach richtig hinzuhören." Aber: „Einer der häufigsten Fehler beim Verkaufsgespräch ist, dass der Verkäufer nicht die Fähigkeit besitzt, genau hinzuhören und im richtigen Moment zu schweigen."
Und: Erst wenn der Gesprächspartner keine eigenen Vorstellungen mehr hat, können zusätzliche Vorteile als Argumentationshilfe vorgebracht werden, etwa: „Andere Kunden schätzen auch, dass wir einen drohenden Ausfall der Anlage bereits erkennen, bevor der Fehler auftritt."

Ist das wichtig für Sie?

Über das so genannte Hinterfragen bereits gemachter Aussagen lassen sich besondere Wünsche des Interessenten konkretisieren, zum Beispiel: „Sie sagten, ein schneller Service sei Ihnen wichtig. Was genau verstehen Sie unter einem schnellen Service?"

Zuhören und geschickt parieren

Damit erst gar keine ungeklärten Fragen im Raum bleiben, sollte der Verkäufer gegen Ende des Gesprächs die wichtigen Punkte noch einmal nennen: „Um sicher zu sein, dass ich Sie richtig verstehe, fasse ich kurz zusammen..." Anschließend empfiehlt Saxer, die vielleicht entscheidende Frage zu stellen: „Welcher der genannten Punkte ist der wichtigste für Sie?" Und wiederum genau zuzuhören, denn die Antwort des Kunden sei vermutlich die stärkste Hilfe für den Abschluss.

Denn: Wer den Kundenwunsch nun mit einer geeigneten Lösung positiv untermauert, kann zugleich die Kaufbereitschaft des Gesprächspartners testen: „Angenommen ich kann Ihnen diese Möglichkeit vorführen, ab wann möchten Sie dann von diesem System profitieren?" Bei einer positiven Antwort gleich nachhaken: „Gut, dann schauen wir doch einmal, wie das für Sie möglich wird." Oder begründete Einwände so parieren: „Ich habe das Gefühl, dass wir über diesen Punkt nicht ausführlich genug gesprochen haben. Was lässt sie noch zögern?"

Der Verkaufstrainer Umberto Saxer ist jedenfalls sicher: „Auch wenn es Verkaufsgespräch heißt, macht das Zuhören einen erheblichen Teil dieses Gesprächs aus. Ein Verkäufer, der über ein geschultes Verkaufsgehör verfügt und die erhaltenen Informationen geschickt verwendet, wird automatisch mehr und bessere Abschlüsse erzielen."

ERFOLGREICHE WANDLUNG

Vom Kennedy von der Spree zum Erfolgs-Unternehmer

Von Günter F. Kohl

Es war ruhig um ihn geworden – als Politiker. Jetzt macht er wieder Schlagzeilen – in der Wirtschaftspresse. Frank Steffel ist wieder da. Ein erfolgreicher Berliner Unternehmer auf dem Weg zur Marktführerschaft.

Frank Steffel (links) hatte zur Unterhaltung von rund 10.000 Kunden bei der Trendshow 2008 Schlagerbarde Heino und seine Frau Hannelore eingeladen.

Es war ein verlorenes Rennen nach dem Machtverlust 2001, in das die Berliner CDU ihren jungen „Kennedy von der Spree" schickte. Bei den Abgeordnetenhauswahlen war der 35-jährige promovierte Betriebswirt gegen einen Klaus Wowereit chancenlos. Auch was dann folgte, war nicht gerade vergnügungssteuerpflichtig: Entgegen seiner eigenen Lebensplanung ließ sich Frank Steffel nach der Wahlschlappe dazu überreden, den Fraktionsvorsitz zu übernehmen. Was folgte, war eine zermürbende Zeit im ständigen Clinch mit den eigenen Leuten in einer führungslosen Partei. Im Mai 2003 gab er entnervt auf und wandte sich wieder mehr seinem Unternehmen mit damals rund 200 Mitarbeitern zu. Inzwischen sind es 700 Leute, 300 davon in Berlin und Brandenburg.

„Hilf mal Papa"

Obwohl der Vater zwei Jahre vor Frank Steffels Geburt die Keimzelle des heutigen Handelsunternehmens für Raumausstattungen und Zubehör gründete, war dem Junior die spätere Rolle als Unternehmer nicht in die Wiege gelegt. Während seines Studiums an der FU in Berlin übernahm er für Jahre einen Job als Reiseleiter, der ihn um die ganze Welt führte. So verwundert es nicht, dass er seine berufliche Zukunft in diesem Gewerbe plante. Nur runter von der Uni, ab in den Beruf, etwas gestalten, Verantwortung übernehmen – dies trieb ihn an. Nach dem Diplom mit 23 Jahren sollte es losgehen. Das war zur Wendezeit 1989/90. Doch es kam anders: Wegen der Erkrankung seines Vaters bat ihn seine Mutter immer öfter: „Hilf mal Papa!" Aus den zunächst zwei Tagen in der Woche, nebenbei promovierte er, wurden sehr schnell sieben.

Heute weiß Frank Steffel, dass er die richtige Entscheidung getroffen hat, als er daran ging, eine Erfolgsgeschichte zu schreiben, die ihresgleichen sucht: „Man muss es als schön empfinden, sich auch sonnabends und sonntags und in jeder freien Minute mit Umsätzen, Deckungsbeiträgen und Verkaufszahlen zu beschäftigen, um am Montag eine fundierte schnelle Entscheidung zu treffen," bekennt Steffel und nennt Begriffe wie Risikobereitschaft, Fleiß, Organisationstalent, die Kunst der Delegation und die Fähigkeit, nicht nur gute Mitarbeiter um sich zu scharen , sondern sie auch eigenverantwortlich arbeiten zu lassen, als Schlüsselbegriffe seines Erfolgs. Zwei Fähigkeiten nennt er nicht, sie gehören aber zu seinem temperamentvollen Wesen, das sich jedem Gesprächspartner sofort erschließt: Er ist eine absolute Führungspersönlichkeit und kann Menschen schnell für eine Sache begeistern.

Motto „Leistung lohnt"

Dabei setzt der 41-Jährige als Mann mit Ideen und Visionen unter dem Motto „Leistung lohnt" auf die Stärkung des Mittelstandes allgemein und auf den konsequenten Ausbau seiner Unternehmensgruppe im besonderen. Die Marktführerschaft fest im Blick, agiert die Steffel Unternehmensgruppe deutschlandweit flächendeckend im Vertrieb der Produktpalette von Bodenbelägen, Bodenbelagszubehör, Laminat/ Parkett, Stoffen und Tapeten und ist damit Partner für Handwerker- und Fachgeschäfte sowie Filialisten in ganz Deutschland. Das MIT-Mitglied Steffel ist stolz darauf, seinen 20.000 Kunden durch eine Bündelung von Dienstleistungen vom Blaumann über Spachtel bis zum Fertigparkett von 30 Standorten mit 130 Lieferwagen und 200 Außendienstlern alles liefern zu können. 18 Unternehmen hat er in den letzten Jahren erworben, zum Teil saniert, integriert oder als eigenständige Einheiten erhalten. Der Jahresumsatz der Gruppe hat eine dreistellige Millionensumme erreicht.

Geist ist geil

Der Vorsitzende des Wirtschaftsausschusses des Berliner Abgeordnetenhauses, dem er schon 17 Jahre angehört, hat einen gut justierten mittelstandspolitischen Kompass. Er bejaht eine gewisse „patriarchale Rolle des mittelständischen Unternehmers" und beschreibt eine „Schutzaufgabe" älteren Arbeitnehmern gegenüber, die selbst entscheiden sollen, wie lange sie arbeiten möchten. Jungen Müttern gestattet der Vater einer drei Monate alten Tochter, sich in seinen Unternehmen ihre Arbeitszeiten selbst auszusuchen. Er findet es hingegen „furchtbar", dass Unternehmen für die gesellschaftlichen Kosten einer Schwangerschaft aufkommen und nicht die Gesellschaft. Die Koppelung von starrem Kündigungsschutz und hohen Abfindungen hält Steffel für äußerst hinderlich: „Wenn ich wirtschaftlich handeln würde, müsste ich alle meine fest angestellten Leute rausschmeißen und Leiharbeiter einstellen," sagt er. Getreu seinem Motto „Leistung lohnt" ist er auch der festen Überzeugung, dass alle leistungsbereiten Menschen wieder die Chance haben müssen, ihren angemessenen Lebensunterhalt durch Arbeit bestreiten zu können.

Aus dem politischen Leichtgewicht von 2001 wurde binnen weniger Jahre ein unternehmerisches Schwergewicht mit einer erstaunlichen Leistungsbilanz: **Frank Steffel**

So glaubt der Motivator Steffel an den Standort Deutschland, an den Mittelstand als Ganzes und setzt einem vielzitierten Werbespruch einen anderen entgegen: „Geist ist geil!".

Gesellschaftlich engagiert

Da ist aber noch eine andere Seite des umtriebigen Berliners: Sein Engagement im gesellschaftlichen Bereich, mit dem er diesem Land etwas zurückgeben möchte, das es ihm hat angedeihen lassen: „Ich hatte tolle Lehrer und Professoren, gute Trainer in Sportvereinen, halt Menschen, die mich weitergebracht haben. Dafür bin ich dankbar." Nun revanchiert er sich als sozial eingestellter Unternehmer, als Politiker im Dienst der Allgemeinheit und als Sportfunktionär und Präsident des Handball-Bundesligaclubs Reinickendorfer Füchse und des gleichnamigen Breitensportvereins.

Im Sportverein sieht Steffel, wie sich Politik in der Realität auswirkt. Wenn junge Mütter zu ihm kommen, die den Jahresbeitrag für ihre Kinder nicht mehr bezahlen können, übernimmt er schon mal selbst den Beitrag: „Die Kombination aus Unternehmen, Sport und Politik ist ideal. So was können Politiker, die nicht im Berufsleben stehen, nicht wissen."

Ab 2009 im Bundestag?

Im Berliner Abgeordnetenhaus agiert Steffel seit 2006 als einer der drei Stellvertreter von Fraktionschef Pflüger. 2009 möchte er in den Bundestag, nach dann 18 Jahren im

Von 30 Standorten aus beliefert Steffel mit 130 Lieferwagen seine Kundschaft.

Berliner Stadtparlament mit seinem vielen Klein-Klein möchte er seine Erfahrungen als Politiker und Unternehmer auf einer höheren Ebene einbringen. Steffel: „Das geht natürlich nur, weil ich in Berlin lebe und Politik, Sport und Unternehmen hier unter einen Hut bringen kann." Es ist übrigens seine zweite Kandidatur in seinem Reinickendorfer Wohnumfeld, in dem er den CDU-Kreisverband seit 2001 unangefochten führt und mit guten Wahlchancen antritt. Diesmal dürfte es wohl klappen: Er ist jung, er ist beruflich erfolgreich, er ist beliebt und er ist unabhängig. Eines ist er allerdings nicht – stromlinienförmig auf eine Polit-Karriere getrimmt, denn sonst würde ihm ein solcher Satz nicht über die Lippen gehen: „Die meisten Politiker sind fleißig, aber auch ineffizient."

DR. FRANK STEFFEL

Geboren 1966 in Berlin, 1984 Abitur, 1990 Diplom-Kaufmann, 1999 Promotion an der FU Berlin, seit 1983 Mitglied der CDU, seit 1991 Mitglied des Abgeordnetenhauses von Berlin, 2001 – 2003 Vorsitzender der CDU-Fraktion, seit 2006 stellv. Fraktionsvorsitzender und Vorsitzender des Ausschusses für Wirtschaft, Technologie und Frauen, Präsident des Handball-Bundesligaclubs Reinickendorfer Füchse, Mitglied der Mittelstands- und Wirtschaftsvereinigung der CDU/CSU

MIT-EXKLUSIVREISE

Mexiko zählt zu den reizvollsten aller Reiseziele auf dem Globus. Reisen Sie mit uns in das meistbesuchte Land Lateinamerikas und erleben Sie die grandiose, exotische Schönheit Mexikos. Gerne senden wir Ihnen kostenlos und unverbindlich das ausführliche Reiseprogramm und detaillierte Informationen zu.

MEXIKO 24.10. - 02.11.08

Rundreiseprogramm "Kultur, Geschichte, Politik & Wirtschaft Mexikos"
für Mitglieder der MIT Bundesvereinigung und Begleitpersonen

DIE HIGHLIGHTS UNSERER MEXIKO-RUNDREISE: Mexiko City - Stadtrundfahrt, Anthropologisches Museum, Folklore Ballet, Schwimmende Gärten von Xochimilco + Pyramiden von Teotihuacan + Puebla + Taxco + Acapulco - Klippenspringer von Acapulco + luxuriöse First-Class-Hotels in Mexico City und in Acapulco (5-Sterne Hotel Holiday Inn Crown Plaza Mexico City, 5-Sterne Resort-Hotel Las Brisas Acapulco) + fakultative Verlängerungsoption in Acapulco auf Wunsch zubuchbar.

EXKLUSIVE POLITISCHE UND WIRTSCHAFTLICHE PROGRAMMPUNKTE: Gespräch in der Deutschen Botschaft, Besuch des German Center, Vortrag der Deutschen Auslandshandelskammer, Unternehmergespräch und eine Werksbesichtigung.

REISELEISTUNGEN: Linienflüge Düsseldorf-Mexico City-Düsseldorf + Inlandsflug, Transfers und Ausflüge gemäß Reiseprogramm + Örtliche Deutsch sprechende Reisebetreuung und Reiseführung + 8 Übernachtungen (Hotel Crown Plaza Mexico City, Hacienda Cocoyoc, Las Brisas Resort Acapulco) gemäß Reiseprogramm, inklusive Frühstück + Zusatzmahlzeiten gemäß Programm + Reiseinformationen inklusive Reiseführer.

WEITERE REISEDETAILS: info@u-ti.de, Infotelefon 0800-340 380 3 (freecall).
BUCHUNG: Per schriftlicher Anmeldung bei Ultramar Touristik Int., Stichwort "MIT-Mexikoreise 2008", Bismarckstr. 72, 46284 Dorsten. Fax 02362-9889 23.

Reiseveranstalter: Ultramar Touristik International GmbH, Dorsten

BÜROKRATIE-ÄRGER

Im Würgegriff der GEZ

Unsere Leserin Susanne Koch von der Geschäftsführung der Aquantis Freizeitanlagen im niedersächsischen Bensersiel wandte sich an die Redaktion des Mittelstands-Magazins mit folgendem Anliegen:

Unbemerkt von weiten Teilen in Politik und Öffentlichkeit hat die Gebühreneinzugszentrale eine ganze Branche weiter fest im Würgegriff: die Hotellerie.

Das deutsche System für Rundfunk- und Fernsehgebühren ist zum Schaden der Branche immer noch an das Gerät geknüpft, so dass die Hotellerie für jeden Fernseher und jedes Hotelzimmer zahlt. Ich bin CDU-Mitglied und seit 20 Jahren in der Geschäftsführung der Aquantis-Gruppe tätig, zu der drei Hotels an der Nordseeküste und auf der Insel Langeoog gehören.

Bis zum Jahr 2005 gab es hinsichtlich TV-Gebühren noch einen Auslastungs-Abschlag von 50 Prozent für Hotelbetriebe, mit dem richtigen Hintergedanken, dass ja nicht alle Zimmer das ganze Jahr ausgelastet sind. Dieser Rabatt wurde 2005 kurzerhand gekürzt, so dass die Gebühren für uns um 50 Prozent stiegen. Nach dieser Erhöhung betrugen die TV-Gebühren für die drei Aquantis-Häuser zusammen ca. € 32.000

Der nächste Streich der GEZ: für zwölf Tage Öffnung über den Jahreswechsel 2006/2007 für nur ein Hotel unserer Gruppe sollten alle Geräte für 2 Monate angemeldet werden müssen – es wurden nochmals € 2.300 fällig!

Und der letzte Streich der GEZ zu Lasten der Ferienhotellerie ist folgender:
Bisher konnten alle Geräte saisonbedingt abgemeldet werden, wenn der Betrieb geschlossen ist. Auch dies will man der Branche jetzt nehmen: Alle Geräte müssen das ganze Jahr angemeldet werden, weil nach Argumentation der GEZ „allein schon die Bereitstellung des Geräts gebührenpflichtig sei“! Für Aquantis bedeutet dies eine erneute Gebührenerhöhung auf nunmehr € 46.000 p.a.
Diese Praxis der GEZ bezüglich der Ferienhotellerie zeugt von einer nicht mehr zu überbietenden Ignoranz und Unverfrorenheit, die es der GEZ ermöglicht. immer mehr Gebühren in das System zu spülen.
Ich bitte Sie sehr herzlich, sich dafür einzusetzen, dass dieser Selbstbedienung der GEZ Einhalt geboten wird, damit dieser Gebühren-Wahnsinn für die deutsche Hotellerie ein Ende findet.

Wir baten den Beauftragten der Bundesregierung für Tourismus, Ernst Hinsken, MdB, um seine Stellungnahme:

Bei mir als Tourismusbeauftragtem der Bundesregierung steht das Thema Rundfunkgebühren schon lange ganz oben auf der Agenda.

Die im internationalen Vergleich tatsächlich ziemlich hohen Kostenbelastungen der touristischen Leistungsträger wurden im vergangenen Jahr nochmals dadurch verstärkt, dass die öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten unter Bezug auf die Neuregelung im 8. Rundfunkänderungsstaatsvertrag die saisonale Abmeldung von Rundfunkempfangsgeräten nicht mehr zugelassen haben. Das hat neben der Hotellerie besonders auch Anbieter von Ferienwohnungen und Ferienzimmern sehr stark getroffen.

Dank des nachhaltigen Protests der Tourismusbranche, der zuständigen Verbände und Organisationen, insbesondere auch des Deutschen Tourismusverbandes, aber auch durch mein Engagement konnte nun vorerst zumindest erreicht werden, dass die saisonale Abmeldung wieder ermöglicht wird.

Allerdings muss das jeweilige Haus vollständig für mindestens drei Monate schließen und kann auch nur zwischen beiden Privilegien wählen, entweder die saisonale Abmeldung oder das sog. Hotelprivileg der reduzierten Gebühr ab dem zweiten Gerät in Anspruch nehmen. Dies ist ein Kompromiss, aber noch keine wirklich zufrieden stellende Lösung.

Die Finanzierung des öffentlich- rechtlichen Rundfunks ist Ländersache und steht insgesamt auf dem Prüfstand. Die Ministerpräsidenten der Länder haben sich darauf verständigt, bis 2013 ein neues Gebührenmodell zu entwickeln. Mehrere Varianten werden zur Zeit geprüft.
Ich setze mich für eine Entlastung der gewerblichen Vermieter ein. Zumindest sollte die Abrechnung anhand der realen Auslastung erfolgen und am Jahresbeginn lediglich ein pauschaler Teilbetrag erhoben werden.

Schreiben Sie uns – info@mitmagazin.com – Wir helfen Ihnen!

ERHARD-ZITATE

Wer da allerdings glauben möchte, dass eine spezifische „Kontrolle“ der wirtschaftlichen Unternehmungen durch staatliche oder gemeinwirtschaftliche Organe das Übel heilen oder verhindern könnte, oder gar dem Wahn huldigt, dass staatliche Unternehmungen schon aus der Konstruktion heraus von Sünden jeder Art frei wären, gibt sich nach aller historischer Erfahrung und nach logischer Ableitung einem groben Trugschluss hin. Nichts verleitet mehr zum Missbrauch der Macht als die Häufung der Macht in der Hand eines Kollektivs.

*

Das ist meine feste Überzeugung, dass unsere Zeit den deutschen Unternehmer – den freien deutschen Unternehmer – zu immer neuer Bewährung aufruft.

*

In Zeiten, in denen nur die Sonne scheint, in denen es eine wahre Lust ist, Unternehmer zu sein, gehört zu dem Bekenntnis der Freiheit wenig Mut und wenig Gesinnung – aber sich auch in der Bedrängung zum Prinzip der Freiheit und Freizügigkeit zu bekennen, das macht erst die wahre unternehmerische Haltung, die unternehmerische Bewährung aus.

*

Der Prozess, durch den Menschen der verschiedensten Berufe selbständig werden, lässt sich kaum institutionalisieren, sowenig uns der Versuch zur Gewährleistung absolut gleicher Startbedingungen tauglich erscheint. Angesichts vieler Hilfen, die bereits vorhandenen Berufspositionen ... gewährt werden, ... sollte im Fortgang der weiteren Entwicklung versucht werden, auch dem nach selbständiger Tätigkeit Strebenden Vorteile zugute kommen zu lassen, die ihn zu solchem Wagnis ermutigen.

*

Soweit sich die Chancen für die Selbständigkeit auf echte Leistungen gründen, ist die Selbständigkeit als gesellschaftspolitischer Wert zu erhalten und auszubauen.

*

Quelle: ‚Die Soziale Marktwirtschaft. Der Ludwig-Erhard-Zitatenschatz.' Mittelstands- und Wirtschaftsvereinigung der CDU/CSU. Berlin 2007. ISBN 978-3-00-023130-8

Gleichstellung auf dem Papier

Älterer Chef und junge Sekretärin - ein Klischee? Wie wär's mal andersrum? Aber wie sieht's in der Realität aus?

Geschlechtsneutrales Schreiben funktioniert auch ohne großes „I"

Geschätzte Mitarbeiter(innen)? Oder lieber Mitarbeiter/innen, vielleicht sogar MitarbeiterInnen? Selbst erfahrene Texter tun sich schwer, Rundschreiben, Briefe und E-Mails geschlechtsneutral zu verfassen, ohne den Lesefluss zu stören. Dabei ist sprachliche Gleichbehandlung ganz einfach, sagt Dr. Markus Nickl, Geschäftsführer der doctima GmbH in Erlangen: „Die deutsche Sprache bietet viele Ansatzpunkte, um Leserinnen und Leser gleichermaßen zu erreichen – ganz ohne klobige Hilfskonstrukte.

Dazu empfehlen sich folgende Do's und Don'ts:

1. Das Binnen-I ist tabu! Rechtschreibereform hin oder her: Die weit verbreiteten LeserInnen und MitarbeiterInnen sind falsch und sehen im Schriftbild nicht schön aus. Sprechen kann man das große „I" sowie nicht. Bei der mündlichen Anrede „liebe KollegInnen" müssen sich alle männlichen Anwesenden ausgeschlossen fühlen. Als Schreibweise gilt das Binnen-I außerdem als unhöflich und hat einen feministischen Touch. Schließlich: Großschreibung im Wort macht Texte uNLesBaR.

2. Vermeiden Sie Klammer- und Schrägstrich-Konstruktionen! Sie beeinträchtigen den Lesefluss und führen zu grammatikalisch falschen Ergebnissen. Sie als aufmerksame(n) Leser(in) würde das sicher stören.

3. Geben Sie einfach weibliche und männliche Formen an, wenn der Platz reicht! Bei der Anrede „geschätzte Kolleginnen und Kollegen" fühlt sich niemand ausgegrenzt. Aber: Auf die Dauer wirkt die Doppelnennung monoton. Bitte dosiert einsetzen.

4. Sprechen Sie Ihre Leserschaft direkt an, also mit „Sie", wie in diesem Artikel, auch wenn sich dies längst noch nicht in den Printmedien durchgesetzt hat. Bisher gilt die Direktansprache der Leser als Sakrileg. In TV und Hörfunk dagegen ist es gang und gäbe.

5. Verwenden Sie neutrale Oberbegriffe! Aus der „Leserin" und dem „Leser" wird die „Leserschaft", die „Redakteurinnen und Redakteure" werden zur „Redaktion". In der Geschäftskorrespondenz gut geeignet sind die Abteilungsbezeichnungen: das Marketing, der Vertrieb, die Produktion.

6. Streuen Sie vereinzelt Passivsätze ein! Mit Passivsätzen vermeiden Sie geschlechtsspezifische Formulierungen. Statt "Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter erwirtschafteten einen Umsatz von einer Million Euro" heißt es dann "Es wurde ein Umsatz von einer Million Euro erwirtschaftet". Leider ist das ein miserables Deutsch – bitte sparsam verwenden.

7. Denken Sie über den Text hinaus. Bei der Auswahl von Grafiken haben Sie oft Gelegenheit, Frauen in den Mittelpunkt zu rücken. Aber Vorsicht: Auch Bilder können geschlechtsdiskriminierend sein. Das Bikini-Mädchen vor der Stanzpresse wirkt gestellt.

8. In der Korrespondenz hingegen sollten im Briefkopf oder bei der Grußformel das Geschlecht schon durch das Hinzufügen des Vornamens und durch die weibliche oder männliche Ausführung der Funktionsbezeichnung deutlich gemacht werden. Also nicht: „Müller, Leiter", sondern „Ines Müller, Leiterin" oder „Gernot Müller, Leiter". Das erleichtert zugleich dem Angeschriebenen die Rückantwort, denn bei „Müller, Leiter" weiß er nicht, wie er die Anrede gestalten soll. Und dann geht's wieder von vorne los: „Sehr geehrte(r) Herr/ Frau Leiter(in) Müller".

Warum machen wir Deutschen es uns eigentlich manchmal so schwer – und unseren ausländischen oder anderssprachigen Partnern gleich mit?

G.K.

Fort Knox für Daten aller Art

Datentresor mit Internetzugang

Gerade in kleinen und mittleren Unternehmen ist bislang die Bandsicherung immer noch der Standard, um dem Verlust wichtiger Geschäfts- und Kundendaten vorzubeugen. Jedoch ist damit der nötige Schutz vor physischer Zerstörung der Daten häufig nicht gegeben.

Das Problem besteht darin, dass nur sehr selten der Aufwand betrieben wird, die Sicherungsbänder an einen anderen Standort auszulagern. Eine in der Handhabung einfache und kostengünstige Alternative zur Sicherung der kompletten Datenbestände von mittelständischen Unternehmen und Steuerberatungskanzleien bietet nun die DATEV eG mit der „Datensicherung online" über ihr Rechenzentrum in Nürnberg an.

Die Sicherung erfolgt softwaregestützt und nach einer einmaligen Konfiguration automatisch über eine via VPN oder SSL verschlüsselte Internetverbindung. Hieraus ergeben sich zwei Vorteile: Zum einen ist kein manuelles Wechseln von Datenträgern mehr notwendig, zum anderen befinden sich die Daten bereits automatisch an einem Ort, an dem sie nicht durch Verlust gefährdet sind. Der Zugriff auf die gesicherten Daten ist zusätzlich über eine SmartCard abgesichert.

Um die neue „Datensicherung online" zu nutzen, wird beim Anwender ein Software-Client installiert. Bei jedem Sicherungslauf vergleicht dieses Programm die zu sichernden Dateien mit dem bereits im Rechenzentrum vorhandenen Datenbestand. Übertragen werden dann ausschließlich die Änderungen, die in der Zwischenzeit erfolgt sind. Sogar innerhalb von Dateien speichert die Software dabei die Modifikationen, so dass auch von großen Dateien jeweils nur die veränderten Teile für die Übertragung selektiert werden.

Eine Rücksicherung der Daten ist online möglich. Größere Datenmengen können auf Wunsch auch auf einem Datenträger zugestellt werden - im Katastrophenfall sogar über eine per Eilkurier zugestellte Festplatte.

Sicherungsmöglichkeit für den Mittelstand im Rechenzentrum der DATEV.

Für die Initialsicherung seiner Daten in das Rechenzentrum kann der Anwender alternativ zur Online-Übertragung auch den Weg über ein externes Medium wie etwa eine USB-Festplatte wählen. Wer seinen Sicherungsbestand zusätzlich gerne im Haus haben möchte, sollte von der Option Gebrauch machen, die jeweils aktuell durchgeführte Sicherung parallel noch lokal auf einer Festplatte oder einem internen Server abzuspeichern. Damit ist ein sehr schneller Wiederanlauf nach einem Datenverlust gewährleistet.

Patientenverfügung – Vorbeugen für den Ernstfall

Ein schwerer Unfall, ein Schlaganfall, Demenz – es passiert immer wieder, dass Menschen plötzlich nicht mehr in der Lage sind, über ihr eigenes Schicksal zu entscheiden. Welche Art der Behandlung sie wünschen, ob und in welchem Umfang lebenserhaltende Maßnahmen ergriffen werden sollen: mit diesen Entscheidungen stehen die Angehörigen dann allein da, vielfach ohne jeden Anhaltspunkt.

Experten raten daher zu einer so genannten Patientenverfügung. Hier kann man genau festlegen, welche Art der medizinischen Versorgung man im Fall der Fälle wünscht, ob beispielsweise bei einer schweren Schädigung des Hirns durch einen Unfall oder Schlaganfall eine künstliche Beatmung und Ernährung durchgeführt werden soll. Gleichzeitig sollte man in einem zweiten Dokument, einer Vorsorgevollmacht, schriftlich festhalten, wer im Zweifelsfalle über die Art der Behandlung, aber auch über die finanziellen Angelegenheiten des Kranken entscheiden soll. Ohne entsprechende Vollmacht können dies rechtlich gesehen nicht einmal der Ehepartner oder die Kinder in vollem Umfang.

Was man bei einer Patientenverfügung beachten muss, wie man eine Vorsorgevollmacht formuliert, wie die aktuelle Rechtslage aussieht und wann ein Notar hinzugezogen werden sollte – diese Fragen beantwortet eine handliche Broschüre, die der Finanzdienstleister Delta Lloyd in Wiesbaden kostenlos abgibt.

Info: marketing@deltalloyd.de

Mietverträge bedürfen einiger Schönheitsreparaturen

Die Bundesrichter, die offenbar selbst nur zur Miete wohnen, haben die Rechte der Mieter gegenüber dem Vermieter in Sachen Renovierung bei Auszug weiter gestärkt.

Farbeimer, Tapetenrollen und Kleister gehören längst nicht mehr zum Selbstverständnis eines Mieters, der gerade auszieht. Dafür hat der Bundesgerichtshof (BGH) mit seiner jüngeren Rechtsprechung zu Schönheitsreparaturen gesorgt. Während die Hoffnung der Mieter gestiegen ist, günstig wegzukommen, stehen Vermieter vor dem Problem, wie sie ihre Mietverträge überhaupt noch gestalten können, um das Risiko der vom Mieter verursachten Abnutzung nicht selber tragen zu müssen.

„Grundsätzlich ist Flexibilität gefragt", betont Rechtsanwältin Dr. Bettina Wirmer-Donos von der Kanzlei FPS Fritze Paul Seelig in Frankfurt, „Verträge sollten Schönheitsreparaturen immer abhängig vom tatsächlichen Zustand der Mieträume vorsehen." Denn eine Verpflichtung des Mieters, die Mietfläche unabhängig vom Zustand beim Auszug zu renovieren, ist laut BGH unwirksam. Das gilt selbst, wenn der Mieter während der gesamten Mietzeit nicht renovieren musste (BGH VIII ZR 316/06, vom 12.09.2007).

Wohnen Richter nur zur Miete?

Dass den Richtern starre Fristen überhaupt nicht gefallen, zeigt sich auch bei der Frage, in welchem Umfang Mieter Kosten für Schönheitsreparaturen tragen müssen, wenn diese bei der Beendigung des Mietverhältnisses noch nicht fällig sind. Bisher waren so genannte Regelfristen üblich, nach denen Reparaturen z.B. nach fünf Jahren zu erfolgen hatten. Zog der Mieter bereits nach drei Jahren aus, musste er drei Fünftel der Kosten übernehmen – unabhängig vom Zustand der Wohnung. Schon 2006 stellte der BGH klar, dies sei eine unangemessene Benachteiligung des Mieters.

Die Vermieter passten die Verträge an und räumten ein, dass von der Regelfrist abgewichen werden muss, wenn es der tatsächliche Zustand der Mietsache erfordert. Doch auch diese Einschränkung fand keine Gnade der Bundesrichter: Zu intransparent seien diese Regelungen, entschieden sie jetzt und stuften auch diese Klauseln als unangemessene Benachteiligung ein, weil nicht klar sei, wie die angepasste Regelfrist zu berechnen ist (BGH VII ZR 143/06, vom 26.09.2007). „Nach der Entscheidung des BGH kommen zwei Rechenmodelle in Frage", erläutert Mietrechtsspezialistin Wirmer-Donos, „wobei der BGH lediglich für die Variante, welche für die Mieter günstiger ist, signalisiert hat, dass er sie in Zukunft für wirksam erachten wird."

Zwei Modelle zur Wahl

Modell 1:
Die vertraglich vereinbarte, flexible Regelfrist beträgt fünf Jahre. Das Mietverhältnis endet nach vier Jahren, die Abnutzung entspricht einer Nutzungszeit von zwei Jahren. Damit blieben bis zur Fälligkeit der nächsten Schönheitsreparaturen nach fünf Jahren noch drei Jahre Zeit. Diese sind zur tatsächlichen Wohndauer hinzuzufügen, so dass die angepasste Regelfrist bei sieben Jahren liegt. Daher muss der nach vier Jahren ausziehende Mieter 4/7 der Kosten für Schönheitsreparaturen tragen.

Modell 2:
Der Mieter hat die Mietsache während der vierjährigen Mietzeit nur halb so stark wie üblich abgenutzt. Damit verdoppelt sich die Renovierungsfrist von fünf auf zehn Jahre. Folglich muss er nur 4/10 der Kosten für Schönheitsreparaturen tragen.

„Allerdings führt auch die Vorgabe eines Rechenmodells im Vertragstext nicht zur Transparenz der Klauseln", kritisiert Wirmer-Donos. „Wer soll anhand welcher Kriterien abschätzen, wie stark die durchschnittliche Abnutzung nach einem bestimmten Zeitraum ist oder welchem Abnutzungszeitraum der tatsächliche Zustand der Mietfläche entspricht?"
In diesem Zusammenhang ist der BGH jedoch (derzeit noch) optimistisch und meint, dies könne durch Sachverständige ermittelt werden.

Wirmer-Donos weist darauf hin, dass die Entscheidungen zwar Wohnraummietverträge betreffen, die Anforderungen jedoch auch für Gewerberaummietverträge gelten dürften. „Und als nächstes wird der BGH möglicherweise die üblichen Renovierungsfristen von drei Jahren für Nassräume und von fünf Jahren für übrige Räume auf den Prüfstand stellen", warnt sie, „dies hat er in seiner jüngsten Entscheidung für alle Mietverträge angekündigt, die in Zukunft abgeschlossen werden." Vermietern sei daher zu empfehlen, sich bei der Gestaltung ihrer Allgemeinen Geschäftsbedingungen auch hier großzügiger zu zeigen.

LESER SCHREIBEN

Sehr geehrte Damen und Herren,

wenn man die Zeitschrift „UNION“ liest und dann das MIT-Magazin, dann glaubt man, zwei Journale verschiedener Parteien in der Hand zu haben. Ich möchte Ihnen danken, dass Sie Ihre „Finger in Wunden gelegt haben“, die die Schwachstellen der augenblicklichen Regierungspolitik richtig beleuchten.

Demgegenüber das Magazin „UNION“, in dem Herr Pofalla im Editorial, „von wachsender Zustimmung für die Regierungspolitik“ und den enormen wirtschaftlichen Erfolgen, die „nun auch bei den Menschen im Land ankommen“ schreibt. Ich habe ihn angeschrieben und auf die Diskrepanzen zur Wirklichkeit hingewiesen, da ganz offensichtlich ein Mangel an Wahrnehmungsfähigkeit hier vorliegt. (Das im gleichen Heft abgedruckte Gespräch mit der Bundeskanzlerin war kein Deut besser!) Die Antwort aus Berlin war mit einigen anderen Redewendungen die Wiederholung des im Editorial gesagten.

Ihr Magazin, kurz danach bei mir eingetroffen, hat mich etwas erleichtert, aber nicht beruhigt. Machen Sie weiter so!

Mit freundlichen Grüßen
Kurt Hottinger 63225 Langen

* * *

Sehr geehrte Damen und Herren,

das Zitat von Heiner Geißler aus dem Deutschlandfunk „das ist natürlich ein Ausdruck hochgradiger geistiger Verwirrung, denn ... mit Sicherheit nicht die Mittelständler“ ist für sich genommen sicherlich inakzeptabel, jedoch im Kern durchaus nachdenkenswert, soweit es um die Analyse der Hessenwahl geht.

Eine nachdrücklich sachliche Zurückweisung war zwar unerlässlich, jedoch auf einen groben Klotz einen ebenso groben Keil zu setzen, ist unter dem Niveau ernsthafter CDU-Politik. Vokabeln wie Jesuitenzögling, Herz-Jesu-Sozialist oder Norbert Blüm als enfant terrible sollten Sie unterlassen.

Mit freundlichen Grüßen
Robert Abelmann, 48282 Emsdetten

Die Redaktion freut sich über jede Zuschrift, behält sich aber verständlicherweise Kürzungen vor.
Dass es sich bei Leserbriefen um Meinungsäußerungen der jeweiligen Verfasser handelt und diese nicht notwendigerweise die Meinung der Redaktion wiedergeben, versteht sich am Rande.

leserbriefe@mitmagazin.com

RECHT IM GESPRÄCH

Wolf-Dietrich Bartsch,
Rechtsanwalt und Notar,
stellt sich den Fragen unserer Leser

Rechtliche Fragen beherrschen unseren Alltag und auch das Miteinander im Berufsleben. Die Beziehungen zwischen Unternehmen stehen dabei ebenso auf dem rechtlichen Prüfstand, wie die Vertragsverhältnissse zwischen Firmen und Verbrauchern.

Wir wollen helfen, Klarheit in den Paragrafen-Dschungel zu bringen. Dazu geben wir Ihnen gerne die Gelegenheit, uns Fragen zu rechtlichen Problemen zu senden. Eine kurze Mail genügt. Wir werden jeden Monat ausgewählte Fragen veröffentlichen und beantworten.

***Aber Achtung:** Es geht dabei nicht um eine individuelle rechtliche Beratung. Die erhalten Sie bei Ihren Rechtsanwälten vor Ort. Wir wollen vielmehr allgemeine rechtliche Tendenzen aufzeigen.*

Unsere Leserin K. Hillmann aus Berlin ist Geschäftsführerin einer GmbH. Sie fragte nach den Möglichkeiten, die die geplante GmbH-Reform für Sie eröffnet, da sie sehr viele Geschäfte in Frankreich tätigt.

Im Gesetzgebungsverfahren befindet sich zur Zeit das sogenannte MoMiG (Gesetz zur Modernisierung des GmbH-Rechts und zur Bekämpfung von Missbräuchen). Ein Schwerpunkt des Gesetzes wird unter anderem die Anpassung an die Rechtsprechung des Europäischen Gerichtshofs zur Niederlassungsfreiheit sein. Die Bindung der GmbH-Geschäftsleitung an den Ort, an dem diese Gesellschaft einen Betrieb hat, wird damit entfallen. Es soll für eine GmbH zukünftig möglich sein, einen Verwaltungssitz zu wählen, der nicht mit dem Satzungssitz übereinstimmt. Der Satzungssitz der GmbH muss nach wie vor im Inland sein. Der Verwaltungssitz oder der Sitz der Geschäftsleitung darf sich dann aber zum Beispiel auch in Frankreich befinden.

Unser Tipp: Bevor nun in die konkreten Planungen eingestiegen wird, sollte das weitere Gesetzgebungsverfahren beobachtet werden. Mit einem Inkrafttreten des MoMiG ist laut Bundesministerium der Justiz voraussichtlich zu Beginn des dritten Quartals 2008 zu rechnen.

Unser Leser B. Wagner aus Hannover hat in der Zeitung gelesen, dass anwaltlicher Rat auch schon bei eBay ersteigert werden kann. Er möchte wissen, ob so etwas gesetzlich erlaubt oder sittenwidrig ist.

In der Tat hatte ein Rechtsanwalt Beratungen auf der Internetplattform eBay zur Versteigerung angeboten. Die Startpreise waren ein Euro bzw. 75 Euro. Eine weitere zu ersteigernde Beratung über fünf Zeitstunden begann bei 500 Euro. Die örtlich zuständige Rechtsanwaltskammer hielt die Aktion für berufsrechtswidrig und marktschreierisch. Der Anwalt zog gegen die ihm erteilte Rüge vor das Bundesverfassungsgericht und gewann. Das Verfassungsgericht sah keine Beeinträchtigung schützenswerter Gemeinwohlbelange. Es kann aufgrund der Versteigerungsaktion nicht darauf geschlossen werden, dass der Rechtsanwalt bei der Rechtsberatung seine Berufspflichten vernachlässigt.

Auch kann das Verfassungsgericht keine unsachliche Werbung in der Versteigerung erkennen. Es handelt sich um eine passive Darstellungsplattform, da nur derjenige von der Aktion Kenntnis nimmt, der auch tatsächlich die Seite anklickt.

Unser Tipp: Auch wenn natürlich der vermeintlich günstige Preis lockt - nicht jede billige Beratung ist auch eine gute! Die „Geiz ist geil“-Mentalität mag bei Haushaltsgeräten und Tonträgern funktionieren. Rechts- und Steuerberatung ist aber nach wie vor eine Frage der Kompetenz und des Vertrauens. Der Rechtsuchende sollte sich lieber nach einem Spezialisten für sein Rechtsproblem erkundigen oder der Mund-zu-Mund-Propaganda vertrauen.

Schreiben Sie uns: E-Mail: rechtsfragen@mitmagazin.com

AKTUELLE URTEILE

Änderungen wesentlicher Mietvertragsbedingungen bedürfen der Schriftform

BGH, Urteil vom 19.09.2007; XII ZR 198/05

Der Bundesgerichtshof behält seine Rechtsprechung bei, wonach die wesentlichen Vertragsbedingungen wie der Mietgegenstand, Miete, Mietzins sowie die Dauer und die Parteien des Mietverhältnisses sich aus der Mietvertragsurkunde selbst ergeben müssen. Das bedeutet dann aber auch, dass Änderungen dieser wesentlichen Vertragsbestandteile nach den gleichen Grundsätzen zu vereinbaren sind. Für diese Änderungen gilt daher die Schriftform. Regeln die Mietvertragsparteien zum Beispiel eine Fälligkeit des Mietzinses, die von den gesetzlichen Bestimmungen abweicht, so bedarf diese Vereinbarung der Schriftform.

Früherer Komplementär haftet weiter

OLG Hamm, Urteil vom 24.10.2007; 8 U 29/07

Es ist nicht ausgeschlossen, dass ein persönlich haftender Gesellschafter zu einem späteren Zeitpunkt in eine Kommanditistenstellung wechselt. Es muss aber beachtet werden, dass dieser Wechsel nicht die Haftung des früheren persönlich haftenden Gesellschafters für Altverbindlichkeiten der Gesellschaft beseitigt. Er haftet weiter für Verbindlichkeiten, deren Rechtsgrund noch vor seinem Ausscheiden aus der Position des persönlich haftenden Gesellschafters gesetzt wurde. Dies kann auch noch einen längeren Zeitraum nach dem Wechsel in die Kommanditistenstellung betreffen. Bei Dauerschuldverhältnissen (z.B. Miete) wird nämlich auf den Zeitpunkt des Vertragsschlusses abgestellt. Die sich aus dem Dauerschuldverhältnis ergebenden Einzelverbindlichkeiten, die erst zu einem späteren Zeitpunkt fällig werden, sind von der Haftung nach wie vor umfasst.

Ein Rechtsanwalt darf nicht auch Immobilienmakler sein

BGH, Beschluss vom 8.10. 2007; AnwZ (B) 92/06

Die Tätigkeit als Immobilienmakler ist mit der Tätigkeit als Rechtsanwalt unvereinbar. Der BGH hat mit dieser Entscheidung seine Rechtsprechung bestätigt, wonach bereits die Ausübung des Berufs „Versicherungsmakler“ unvereinbar mit anwaltlicher Tätigkeit ist. Als Begründung führt der Bundesgerichtshof an, dass in diesen Berufsfeldern eine Gefahr von Interessenkollisionen besteht. Ein als Versicherungsmakler tätiger Rechtsanwalt könnte im eigenen Courtage-Interesse empfehlen, bestimmte bestehende Versicherungsverträge zu kündigen und über ihn neue vermeintlich günstigere abzuschließen. Nichts anderes gilt für die Kombination Rechtsanwalt und Immobilienmakler.

Mindestlohn gilt auch für Rechtsanwälte

AnwGH Nordrhein-Westfalen, Beschluss vom 2.11.2007; 2 ZU 7/0

Der Anwaltsgerichtshof Nordrhein-Westfalen hatte über das Einkommen anwaltlicher Berufsanfänger zu entscheiden. Zwar gilt hier kein Tarifvertrag. § 26 BORA sieht aber vor, dass Rechtsanwälte nur zu angemessenen Bedingungen beschäftigt werden dürfen. Ein Rechtsanwalt hatte in einer Stellenanzeige eine Grundvergütung zugesagt, die etwas über dem Referendargehalt liegt. Der Anwaltsgerichtshof hat daraus ein Jahresbruttogehalt von höchstens 12.000 Euro bei einer Vollzeitstelle errechnet. Ein solches Gehalt ist sowohl sittenwidrig als auch unangemessen im Sinne der anwaltlichen Berufsregeln. Die Richter gingen in ihrer noch nicht rechtskräftigen Entscheidung von mindestens 2.300 Euro als Richtmaß für das Einstiegsgehalt eines Rechtsanwalts ohne besondere Spezialisierung aus.

Patientenverfügungen müssen hinreichend konkret sein

AG Siegen, Urteil vom 28.09.2007; 33 XVII B 710

Die Handlungsanweisungen in einer Patientenverfügung müssen hinreichend konkret sein und über bloße Richtungsangaben hinausgehen. Es dürfen keine Zweifel an dem selbstbestimmten Willen des Patienten bestehen. Der Bevollmächtigte darf aufgrund der Formulierung in der Patientenverfügung keinen Raum für eine Auslegung nach eigenen Wünschen und Wertvorstellungen haben. Der Satz „Es dürfen keine lebensverlängernden Maßnahmen ergriffen werden, wenn ein menschenwürdiges Weiterleben nicht gewährleistet ist“ lässt damit nicht mit hinreichender Sicherheit auf den Willen schließen, eine Nahrungs- und Flüssigkeitszufuhr mit einer PEG-Sonde abzulehnen. In Zweifelsfällen gilt die Vermutung, dass der erkrankte die Aufrechterhaltung seines Lebens will.

Übergang tarifvertraglicher Pflichten auf den Erwerber

BAG, Urteil vom 19.09.2007; 4 AZR 711/06

Übernimmt ein nicht tarifgebundener Erwerber einen Betrieb, der jedoch tarifgebunden ist, so muss er die sich aus dem Tarifvertrag ergebenden Folgen gegen sich gelten lassen. Die in dem Tarifvertrag geregelten Rechte und Pflichten werden also auch im Verhältnis zwischen Arbeitnehmer und neuem Arbeitgeber Inhalt des Arbeitsverhältnisses. Das betrifft auch solche Regelungen, die aufgrund des Tarifvertrages erst zu einem Zeitpunkt nach dem Betriebsübergang Wirkung entfalten.

Kein Geld für eigenmächtige Mängelbeseitigung

BGH, Urteil vom 16.01.2008; VIII ZR 222/06

Beseitigt ein Mieter einen Mangel in der Wohnung, ohne vorher den Vermieter in Verzug gesetzt zu haben, so hat er gegen seinen Vermieter keinen Aufwendungsersatzanspruch. Der BGH räumt dem Vermieter einen Prüfungsrecht ein, ob überhaupt ein Mangel vorliegt. Darüber hinaus soll der Vermieter zunächst entscheiden können, wie und durch wen der Mangel beseitigt werden soll. Damit ist dann aber auch ein eigenmächtiges Handeln des Mieters ausgeschlossen.

BÜCHER

Private Equity
Gebunden, 248 Seiten, 49,00 Euro
Bank-Verlag Medien
ISBN 978-3-86556-144-2

Viele Unternehmen überdenken zur Zeit ihre Kapitalstruktur. In diesem Zusammenhang ist der Begriff Private Equity in aller Munde. Er dient als Überbegriff für den gesamten Markt der privaten Unternehmensfinanzierungen als Gegenstück zum Public Market. Das Buch erklärt, warum die Aufnahme eines Finanzinvestors auch für mittelständische Unternehmen eine attraktive Form der „Eigenkapitalfinanzierung auf Zeit" darstellen kann. Die Chancen werden verdeutlicht und etwaige Fallstricke aufgezeigt.

Hinter jedem Menschen steckt ein Netz
Stephan Magnus
Gebunden, 226 Seiten
Euro 24,90
Wiley Verlag
ISBN 978-3-527-50303-2

Hinter jedem Menschen steckt ein Netzwerk, das es - richtig genutzt - ermöglicht, den Absatz explosiv zu vermehren, wenn Verkäufer und Dienstleister die Tricks und Hebel kennen. Im ersten Schritt nutzen die Leser das Netzwerk ihres Kunden. Im zweiten arbeiten das oder die Netzwerke von selbst. Aber damit nicht. Was wäre ein idealerer Ort für Netzwerke als das größte Netzwerk überhaupt, das Internet?

Peking und Shanghai
Häring/ Hauser
Gebunden, 430 Seiten, 18,95 Euro
Trescher Verlag
ISBN 978-3-89794-106-9

Peking und Shanghai sind die beiden interessantesten Metropolen Chinas. Ihre Entwicklung ist so atemberaubend, dass angeblich selbst ihre Einwohner sie morgens manchmal nicht mehr wiedererkennen. Neben umfangreichen Informationen enthält dieser Reiseführer, der Anfang 2008 erschienen ist, 28 Stadtpläne und Übersichtskarten, U-Bahn-Pläne und viele Vorschläge für Ausflüge ins Umland der beiden Städte.

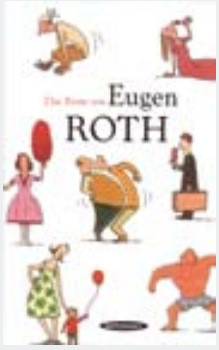
Kundenbewusste Kommunikation
Etti, Greinwald
213 Seiten, Euro 29,80
Expert Verlag
ISBN 978-3-8169-2393-0

Kundenstarke Kommunikation läuft vor allem in sprachlicher Form ab. „Dafür bin ich nicht zuständig!" oder „Da müssen Sie mal woanders fragen!" sind Ausdruck emotionaler Ohnmacht, die Kunden übersieht oder geringschätzt. Die Handhabung und die Wirkung der Sprache stehen in diesem Buch im Mittelpunkt: Kundenbriefe und –mails sowie das Telefon als heißer Draht zum Kunden. Das Buch wendet sich an Fach- und Führungskräfte aller Ebenen.

Personalführung
Bernd Lieber
Gebunden, 276 Seiten
Euro 24,90
UTB für Wissenschaft
ISBN 978-3-8252-8364-3

Die Leistungsbereitschaft der Mitarbeiter wird immer mehr zu einem zentralen Erfolgsfaktor für Unternehmen. Dieses Buch möchte zukünftigen Führungskräften, insbesondere Studenten, Hinweise zur Gestaltung von Führungskommunikation und -verhalten geben. Auffallend ist an dem Buch die kompakte Darstellung der Inhalte, die zahlreichen Übersichten und der ausgeprägte Anwendungsbezug.

Das Beste von Eugen Roth
Gebunden, 256 Seiten, 14,90 Euro
Carl Hanser Verlag
ISBN 978-38363-0078-0



Wie kein anderer hat Eugen Roth auf humorvolle Weise die Höhen und Tiefen der menschlichen Seele erkundet. Er nimmt Schwächen aufs Korn und erweist sich in seinen Gedichten immer wieder als liebevoll-verständnisvoller Menschenkenner. Er zeigt uns, wie man dem Ärger, auch im Büroalltag, ein Schnippchen schlägt.

Das Entscheider-Buch
Kai-Jürgen Lietz
Gebunden, 272 Seiten
Euro 19,90
Carl Hanser Verlag
ISBN 978-3-446-41139-5

Manager, Unternehmer und Selbstständige wissen: Schlechte Entscheidungen werden ganz schnell teuer. Aber wie trifft man gute Entscheidungen? Tückische Fallen lauern überall. Beispielsweise die Elefantenfalle: Wir überschätzen ein bestimmtes Kriterium, z.B. den Preis, und vernachlässigen gleichzeitig ein ebenso wichtiges, die Qualität. Oder die Schneckenfalle: Wir drücken uns solange um eine Entscheidung herum, bis es fast zu spät ist und nur noch wenige attraktive Alternativen zur Verfügung stehen.

Grandioser Jazz- Frühschoppen

Gute Laune bei Bernd Kupfer (4.v.r.), Jochen Brauer (2.v.r.), Silvia Brown und der Rhine Stream Band in Mannheim.

Über 200 restlos begeisterte Gäste konnten das virtuose Können der Jazz- Legende Jochen Brauer, die ausdrucksstarke Stimme der charmanten Silvia Brown sowie die brillant aufspielende Rhine Stream Band beim Jazz-Frühschoppen der MIT Mannheim genießen. Über dreieinhalb Stunden boten die Künstler den Gästen aus Wirtschaft, Politik, Bürgerschaft und Vereinen mit ihrem Programm Jazzdarbietungen auf höchstem Niveau. Jazz-Legende Jochen Brauer, bekannt durch die Fernsehauftritte des Jochen Brauer Sextetts, bei „Dalli Dalli“ und den „Montagsmalern“, war nicht abgeneigt, auch einer weiteren Einladung des MIT-Kreisvorsitzenden Bernd Kupfer zu folgen.

Parlamentskreis Mittelstand in Rheinland-Pfalz gegründet

In der CDU-Landtagsfraktion Rheinland-Pfalz hat sich der Parlamentskreis Mittelstand (PKM) konstituiert. MIT-Landesvorsitzender Josef A. Geyer hatte die PKM-Gründung angeregt, um dem Vorbild der Bundestagsfraktion und mehrerer Landtagsfraktionen zu folgen. Dem PKM haben sich 18 Abgeordnete der Fraktion angeschlossen. Einstimmig wählte sie ein dreiköpfiges Leitungsgremium. PKM Sprecher wurde Josef Dötsch, MdL, aus Mülheim Kärlich. Zu seinen Stellvertretern wurden Simone Huth-Haage, MdL, aus Kirchheim-Bolanden und Arnold Schmitt, MdL, aus Riol gewählt. Der PKM will in Fraktion, Parlament und Öffentlichkeit parlamentarischer Ansprechpartner für den Mittelstand in Rheinland-Pfalz sein und für dessen Anliegen initiativ werden. PKM und MIT wollen eng zusammenarbeiten.

Der PKM gibt dem Mittelstand in Rheinland-Pfalz eine Stimme (v.l.n.r.): CDU-Landes- und Fraktionsvorsitzender Christian Baldauf, Josef Dötsch und Josef Geyer.

Das marktwirtschaftliche Erbe Ludwig Erhards bewahren

Schon weit vor der Bundestagswahl 2005 waren sorgenvolle Stellungnahmen aus der Partei zur Einstellung der CDU zur Sozialen Marktwirtschaft und dem Konservatismus festzustellen. Seit dem Amtsantritt der großen Koalition werden die Themen immer aktueller und drängen sich verstärkt nach oben. Die Grundsatzprogrammdiskussion der CDU hat ein Übriges getan. Die Debatte über das „C“, über Konservatismus und über die Werte hat noch einmal an Intensität zugenommen. Der MIT-Bezirksverband Münsterland hat sich im Rahmen seiner Bezirksversammlung zum konservativen Leitbild der Union, mit den Prinzipien der Eigenverantwortlichkeit und der Sozialen Marktwirtschaft bekannt. „Das christliche Menschenbild ist Grundlage unserer Programmaussagen und unseres Handelns. Wir bekennen uns zur Idee der verantworteten Freiheit. Auf diesem geistigen Fundament fußt auch die Soziale Marktwirtschaft“, erklärte Uwe Kombrink, MIT-Bezirksvorsitzender und Mitglied im MIT-Bundesvorstand. Besonderer Gast an diesem Tag war der CDA-Bundesvorsitzende und NRW-Landesarbeitsminister Karl-Josef Laumann.

Laumann und Kombrink sind sich einig: Gemeinsames strategisches Ziel ist es, Mehrheiten für die CDU in allen Gesellschaftsschichten zu erreichen.

Mittelstand zwischen den Werkbänken
Die MIT Potsdam hatte zum Jahresauftakt in eine Ausbildungshalle des Zentrums für Aus- und Fortbildung Ludwigsfelde (ZAL) in Potsdam geladen. Fast 200 Unternehmer nahmen zwischen Werkbänken Platz. Der Einladung des MIT-Kreisvorsitzenden Peter Schultheiß (r.) waren auch der Bundesminister für Wirtschaft und Technologie Michael Glos und die Bundestagsabgeordnete Katherina Reiche gefolgt.

M(a)erz in Pankow – Impulse 2008

Zum traditionellen Jahresempfang der MIT Berlin-Pankow begrüßten die Vorsitzenden der MIT und der CDU Pankow, Johannes Kraft und Peter Kurth, über 600 Gäste. Sie dankten der Firma K.I.B. Autoservice, der Krombacher Brauerei, ALBA Consulting und der Veranstaltungsagentur eventa-global für das Sponsoring der Veranstaltung.
Als Hauptredner unternahm Dr. Friedrich Merz, MdB, einen unterhaltsamen Streifzug durch das aktuelle politische Geschehen. Keines der heißen Eisen im politischen Geschäft wurde ausgespart. Vom Wortbruch der SPD in Hessen, über die Mindestlohndebatte und die Liechtensteiner Konten bis hin zum Klima in der großen Koalition. Am Ende versicherte Friedrich Merz allen Anwesenden, dass er sich auch weiterhin aktiv in die Politik einmischen wird. Der lang anhaltende Applaus machte einmal mehr deutlich, dass Friedrich Merz durch scharfe Analysen und brillante Rhetorik seine Zuhörer mitreißen kann.
„Besonders gefreut haben wir uns auch über die Teilnahme zahlreicher MITstreiter, unter ihnen der Hauptgeschäftsführer der MIT Deutschlands, Hans-Dieter Lehnen.“, sagt Johannes Kraft. Gemeinsam übergaben Lehnen, Kraft und Merz einen Spendenscheck in Höhe von 400 Euro an die Deutsche Lebensrettungsgesellschaft.

Mittelstand in Aktion

Beim Mittelstandstag der MIT Osthessen konnte der MIT- Bezirksvorsitzende Gerd Robanus zahlreiche Gäste begrüßen. Darunter auch den MIT-Hauptgeschäftsführer Hans-Dieter Lehnen, den MIT--Landesvorsitzenden Edwin Balzter und das MIT-Bundesvorstandsmitglied aus Hessen, Frank Gotthardt, MdL. Zahlreiche Themen standen auf der Agenda, angefangen bei den Grundsätzen der Sozialen Marktwirtschaft über Bürokratieabbau bis hin zur Gesundheitsreform.

Hans-Dieter Lehnen (r.) beim Vor-Ort-Besuch des MIT-Mittelstandstages in Ost-Hessen.

Was im Job zählt

Die MIT Berlin-Reinickendorf veranstaltete zusammen mit der Reinickendorfer Jungen Union einen Info-Abend für Schülerinnen und Schüler. Ziel war es, die jungen Gäste bei der Suche nach einem geeigneten Ausbildungsplatz zu unterstützen. Geworben wurde für die Veranstaltung vor Reinickendorfer Haupt- und Realschulen. Als Gesprächspartner standen den jungen Menschen Mittelständler aus Gastronomie, Handwerk und Handel Rede und Antwort, darunter auch der Unternehmer und MIT-Kreisvorsitzende Ulrich Droske. Informiert wurden die Jugendlichen vor allem zu den Themen „Wie bewerbe ich mich richtig?“, „Worauf kommt es beim Vorstellungsgespräch an?“ und „Was erwartet mich in Ausbildung und Beruf?“.

Lena Strothmann im ZDH bestätigt

Die Bielefelder Bundestagsabgeordnete und Handwerksvertreterin Lena Strothmann wurde erneut von der Vollversammlung des Zentralverbandes des deutschen Handwerks als Präsidiumsmitglied gewählt. Die MIT-Politikerin ist eine der wichtigsten politischen Kämpferinnen für das Handwerk in NRW und in Deutschland. Die MIT gratuliert ganz herzlich.

Arbeitgeber Mittelstand

Der Mittelstand lebt mit und für seine Mitarbeiter. Der Aufschwung am Arbeitsmarkt in den letzten Jahren war vor allem dem deutschen Mittelstand zu verdanken. Denn dem Stellenabbau bei wenigen großen Unternehmen standen mehr neu geschaffene Arbeitsplätze im Mittelstand gegenüber. Über diese positive Bilanz diskutierten der MIT-Kreisvorsitzende Hermann Kühnapfel und der Brandenburger Wirtschaftsminister Ulrich Junghanns, MdL, beim diesjährigen Jahresempfang der MIT Teltow-Fläming.

Ostdeutschland hat Potenzial

Für den Bundesvorstand der Mittelstands- und Wirtschaftsvereinigung der CDU/CSU zieht der Unternehmer Mathias Stinnes als Beauftragter für die neuen Bundesländer quer durch Deutschland und wirbt für eine mittelstandsfreundliche Politik insbesondere auch in Ostdeutschland. So sprach er als Vertreter des MIT-Bundesvorstandes kürzlich vor der Konrad-Adenauer-Stiftung über die Situation in den neuen Ländern.

Regionale Unterschiede

Realistisch betrachtet, hat sich die industrielle Basis der neuen Bundesländer, von geringem Niveau aus startend, in kleinen Schritten, aber doch stetig entwickelt. Seit 2001 expandierte das verarbeitende Gewerbe in den neuen Ländern jahresdurchschnittlich mit gut drei Prozentpunkten mehr als sein Pendant in den alten Bundesländern. So setzte sich Sachsen im Jahr 2006 mit einem realen Bruttoinlandsprodukt von vier Prozent an die Spitze aller Bundesländer. Auch Thüringen und Sachsen-Anhalt profitierten von ihrer industriegeprägten Wirtschaft und lagen beim Bruttoinlandsprodukt 2006 ebenfalls über dem Bundesdurchschnitt. Mecklenburg-Vorpommern, Berlin oder Brandenburg konnten hingegen im Jahr 2006 nur eine unterdurchschnittliche Steigerung der Wirtschaftsleistung von 1,9 bis 2 Prozent vorweisen.

Mathias Stinnes wirbt für eine mittelstandsfreundliche Politik in den neuen Bundesländern.

Förderung industrieller Cluster

Zwar ist die Industrie in diesen Regionen weniger stark vertreten. Dies allein reicht aber als Grund nicht aus, um die Entwicklungsunterschiede in den neuen Bundesländern zu erklären. Vielmehr lassen sich aus der individuellen Ansiedlungspolitik der neuen Bundesländer nach 1990 grundlegende Schlüsse ziehen. Dort, wo auf die Förderung industrieller Cluster gesetzt und frühzeitig Zukunftsbranchen unterstützt wurden, trägt diese Wirtschaftspolitik nun Früchte. Am Beispiel Sachsen lässt sich dies skizzieren. 20.000 Menschen fanden in der Mikroelektronikbranche im Großraum Dresden, dem „Silicon Saxony“, einen Job. In der Autoindustrie in Südwestsachsen und rund um Leipzig waren es mehr als 60.000 Menschen. Der Flughafen Leipzig-Halle als neue Europadrehscheibe des Logistikunternehmens DHL schafft zusätzliche Arbeitsplätze. Über 100 Unternehmen und Institute arbeiten und forschen in Sachsen mittlerweile im Bereich der Nanotechnologie.

Wettbewerbsfähigkeit stärken

Um innovative Entwicklungen anzustoßen, könnte die Bündelung von komplementären Technologie-Kompetenzen zu Technologie-Clustern auch für andere neue Bundesländer beispielgebend sein. Mit Hilfe von industriegeführten Cluster-Initiativen in den Schlüsseltechnologiefeldern kann die Wettbewerbsfähigkeit der Wirtschaft in den neuen Ländern erhöht werden. Auf einem guten Weg ist dabei Mecklenburg-Vorpommern mit dem BioCon Valley als zentraler Ansprechpartner und Dienstleister für Life Science, Biotechnologie und Biowissenschaften im Nordosten Deutschlands.

Ostdeutschland hat Potential

Der Strukturwandel in Ostdeutschland hat bereits eine neue Qualität erreicht. So ist etwa die Arbeitslosenquote in den neuen Bundesländern um knapp 1,3 Prozentpunkte in den Jahren 2004 bis 2006 zurückgegangen, während sie bundesweit leicht anstieg. Selbstverständlich unterscheidet sich das Niveau im Osten Deutschlands vom Niveau in den alten Bundesländern. Aber mit zunehmender Erwerbsbeteiligung steigt auch die Hoffnung für mehr Beschäftigung und Wachstum in den neuen Bundesländern. Allerdings ist auch Geduld gefragt, denn eine Cluster-Bildung vollzieht sich nicht automatisch, sondern erfordert Zeit, Erfahrung und entsprechende Rahmenbedingungen. Hier liegt der große Nachteil vieler Regionen in den Neuen Bundesländern im Vergleich zu anderen Bundesländern. Es muss erst noch langsam wachsen, was in anderen Bundesländern jahrzehntelang Zeit hatte.

Wirtschaftspolitik aus einem Guss

Weder regional geförderte Infrastrukturnetzwerke noch Anbindungsstrategien können aber die dringend notwendige ordnungspolitische Kehrtwende in Gesamtdeutschland kompensieren oder ersetzen. Gerade für strukturschwache Regionen, ob nun in den alten oder in den neuen Bundesländern, wäre die Rückbesinnung auf die wahre Soziale Marktwirtschaft die wichtigste Unterstützung, um die eigene Wettbewerbsfähigkeit zu steigern.

MIT in Bremen nimmt wieder Fahrt auf

Mit dem Motto „Für den Mittelstand Kurs halten“ hat sich der Bremer Landesverband der MIT neue Ziele gesteckt. Der stellvertretende MIT-Bundesvorsitzende Hartmut Schauerte, MdB, hatte dazu die Einladung des neuen Landesvorsitzenden Andreas Jacobsen angenommen, die MIT in der Hansestadt zu unterstützen. Angesichts erstarkender Links-Parteien ist es Aufgabe des Mittelstandes, seine gesellschaftliche Verantwortung noch stärker wahrzunehmen. Schauerte kam zu dem Schluss: „Deutschland ist immer noch der beste Standort für kleine und mittlere Unternehmen.“

Andreas Jacobsen will als neuer MIT-Landesvorsitzender vor allem den direkten Kontakt zum Bremer Mittelstand pflegen.

WWW.MIT-WERBEMITTEL.de

Schwung holen für Ihren Verband:

MIT-eShop Werbemittel

www.mit-werbemittel.de

MIT-Hemd Damen oder Herren
Modisch tailliertes mit MIT - Logo besticktes Damen-oder Herren-Hemd aus 97 % Baumwolle und 3 % Elasthan, Stretchmaterial für bessere Passform + Tragekomfort, äußerst pflegeleicht, Sieben-Knopf-Leiste, eleganter halb ausgestellter Kragen
Größe: S-XXL; Artikel: T 001-Mann oder Frau

Menge M: _____ Größe: _____
Menge F: _____ Größe: _____

MIT-Crew Jacke
Wasserrdichte Jacke für den MIT Außeneinsatz aus 100% Polyester Mikrofaser mit PU Beschichtung, Netzfutter, verdeckter Reißverschluss, Stehkragen mit Kapuze, Ärmel mit Klettverschluss, Pattentasche, Innentasche und Handytasche. Mit dezentem MIT Logo auf der Vorderseite. Größe: S-XXL
Artikelnummer: T 003

Menge: _____ Größe: _____

MIT-Polo heavy wight
Polo mit MIT-Stick: 100 % gekämmtes, ringgesponnenes Micro-Baumwollpiqué. Dreiknopfleiste mit farblich abgestimmten Knöpfen, Flachstrick-Kragen und -Unterkragen, breite Doppelnaht an Bund und Ärmeln, Seitenschlitze. Spezielle Damenpolos auf Anfrage; Größe: XS-4XL ,
Artikelnummer: T 004

Menge: _____ Größe: _____

MIT-Pin
20x8 mm, mit 4-farb-Motiv: Logo MIT+Flagge im Offsetdruck auf Stahl, Schmetterlingsverschluss, Epoxy-Versiegelung.
Preis per Stück / Verkaufseinheit 10 Stück
Artikelnummer: W 007

Menge / VE: _____

MIT Kugelschreiber ICY
Icy - transparent mit 2-farbigem Aufdruck MIT, großvolumiges Gehäuse, markante Profilrillen am Drücker, schwarz schreibend.
Preis per Stück / Verkaufseinheit 10 Stück
Artikelnummer: W 004

Menge / VE: _____

MIT Canvassing Schirm
Durchmesser 1,8 m, 8 Segmente abwechselnd rot/weiß mit MIT-Logo, 100% Polyester, Gestänge 23/25 mm weiß exoliert, passt in jeden handelsüblichen Schirmständer.
Artikelnummer: C 001

Menge: _____

MIT-Soft-Cap
Mit MIT-Stick in schwarz mit roter Ziernaht am Schirm. Hochwertiges 6 Panel Cap aus 100% Heavy Brushed Cotton.
Der Low Profile Schnitt und sechs gestickte Luftlöcher sorgen für einen modernen Look. Mit größenverstellbarem Stoffverschluss für perfekten Sitz.
Artikelnummer: T 008

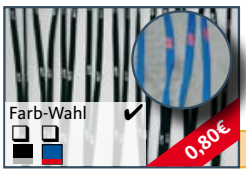
Menge: _____

MIT-Soft-Shell-Jacke
Atmungsaktives, dreilagiges Soft-Shell Material aus 92% Polyester und 8% Elasthan, mit MIT-Stick. Wind- und wasserabweisend mit weichem Griff und komfortablem Schnitt für viel Bewegungsfreiheit.
Größe: XS-XXL
Artikelnummer: T 009 Mann oder Frau

Menge M: _____ Größe: _____
Menge F: _____ Größe: _____

MIT-Triangelrucksack
MIT-bestickter Rucksack mit RV-Haupt- und Vorfach, gepolsterter Rücken und Umhängegurt mit Klettverschluss und abnehmbarer Handytasche, 600D Nylon.
Maße ca. 47,5 x 34 x 15 cm,
Artikelnummer: T 010

Menge: _____



MIT-Schlüsselbänder
Band schwarz › MIT-Logo silber
Band blau › MIT-Logo rot
Nylon, Karabiner 10 mm breit.
Preis per Stück / Verkaufseinheit 10 Stück
Artikelnummer: W 009 B oder S

Menge B / VE: ___ Menge S / VE: ____

Der Ludwig Erhard-Zitatenschatz
In diesem Taschenbuch wurden Zitate Erhards zusammengestellt. Ein Gesamtüberblick über das Ordnungsmodell „Soziale Marktwirtschaft" und über das Wirken von Erhard als Politiker; Artikelnummer: D 007

Menge: _____

MIT-Tischflagge - Standard
15 x 25 cm, 40 cm hoch, Holzfuß und Mast.
Design: Blau mit Logo in weißer Schutzzone.
Verkaufseinheit 1 Flagge
Artikelnummer: C 004

Menge: _____

Ihre Daten: ❑ Rückrufbitte ❑ Prospektanforderung

Name Vorname

Straße PLZ Ort

Telefon Telefax

MIT-Verband Unterschrift

Info
Alle Preise inkl. MwSt., zzgl. Versandkosten. Für alle Artikel auf diesem Bestellschein geben wir einen Rabatt von 10%. * Ausgenommen davon ist das Ludwig-Erhard Buch wegen der gesetzlichen Buchpreisbindung.

Sticke
Gern besticken wir Ihnen Textilien (auch Caps) mit dem Zusatz ihres

Produktion+Versand
brandung³
Müggelseedamm 70
12587 Berlin

Tel.: 030 . 70 22 02 04
Fax: 030 . 70 22 02 05
E-Mail: kontakt@mit-werbemittel.de

Bestellschein bitte per Fax: **030 / 70 22 02 05** oder Post.

Mittelstandspolitik

Das Bundeskabinett hat einen Gesetzentwurf zur Neuregelung des **Schornsteinfegerwesens** auf den Weg gebracht. Danach soll es in Zukunft für Mieter und Hausbesitzer grundsätzlich Wahlfreiheit geben, welcher Schornsteinfeger mit der Durchführung der vorgeschriebenen Überprüfungs-, Kehr- und Messarbeiten beauftragt wird. Die staatlich festgesetzten Gebühren bleiben bestehen. Grenzüberschreitende Dienstleistungsfreiheit wird sofort eingeführt. Die beibehaltenen Kehrbezirke müssen nach einer Übergangsfrist alle sieben Jahre neu ausgeschrieben werden. Bei dem diskriminierungsfreien Vergabeverfahren können sich dann auch EU-Ausländer mit entsprechender Qualifikation bewerben. Deutschland setzt damit die Vorgaben eines Vertragsverletzungsverfahrens der EU um. Gleichzeitig soll sichergestellt werden, dass der hohe Standard an Betriebs- und Brandsicherheit erhalten bleibt. Während sich das Schornsteinfeger-Handwerk mit der vorsichtigen Monopolöffnung weitgehend zufrieden zeigt, sorgen sich die Heizungs- und Sanitärbetriebe vor neuer Konkurrenz.

Das Bundesfamilienministerium hat eine Förderinitiative gestartet, die kleine und mittlere Unternehmen mit bis zu 1.000 Beschäftigten durch einen maximal zweijährigen Betriebskostenzuschuss dabei unterstützt, **Kinderbetreuungsplätze** einzurichten.
Service-Hotline Tel. 0800 / 0000945

Unternehmen dürfen bei der Vergabe von öffentlichen Aufträgen nicht dazu verpflichtet werden, spezielle tarifliche Löhne zu zahlen. Nur bei allgemeinverbindlichen Entgelten und gesetzlichen Mindestlöhnen sei dies zulässig. Das folgt aus einer aktuellen Entscheidung des Europäischen Gerichtshofes. Der EuGH erklärte eine Vorschrift im niedersächsischen Vergabegesetz für ungültig, nach der Bauaufträge nur an Firmen vergeben werden dürfen, die ortsübliche Tariflöhne für sich und Sub-Unternehmer garantieren. Auch in Schleswig-Holstein, Bremen, Hamburg, Berlin, Hessen, Bayern und dem Saarland gibt es derzeit solche **Tariftreuegesetze**. Viele Landesregierungen prüfen nun den Verzicht auf entsprechende Klauseln in ihren Beschaffungsvorschriften.

Ab diesem Frühjahr werden 41.000 kleine bis mittlere Handwerksbetriebe von der vierteljährlichen **Handwerksberichterstattung** befreit. Die Maßnahme des letzten Mittelstandsentlastungsgesetzes soll Bürokratiekosten von 3,3 Mio. Euro einsparen.

Fünf Jahre lang konnte in Deutschland jeder Lehrlinge ausbilden, auch wenn er weder geeignet noch geschult war. Damit soll nun Schluss sein. Die Bundesregierung will zum Herbst 2009 wieder für alle Wirtschaftsbereiche eine obligatorische **Ausbildereignungsverordnung** (AEVO) einführen, wenn auch in überarbeiteter Form. So soll ein Mindestmaß an berufs- und arbeitspädagogischer Qualifikation sichergestellt werden. 2003 hatte Rot-Grün auf dem Höhepunkt der Lehrstellenkrise die AEVO befristet außer Kraft gesetzt. Bis dahin mussten Ausbilder, die nicht über einen Meisterbrief oder Ähnliches verfügten, einen Kurs absolvieren. Durch Wegfall dieser Hürde sollten rund 100.000 zusätzliche Ausbildungsplätze entstehen. Eine Untersuchung ergab, dass unterm Strich nur gut die Hälfte des Ziels erreicht wurde. Unklar sei außerdem, ob das Zusatzangebot überhaupt in direktem Zusammenhang mit der Lockerung stehe, heißt es im neuen Berufsbildungsbericht der Bundesregierung. Gleichzeitig sei die Lehrabbrecherquote in Betrieben ohne geprüften Ausbilder deutlich höher. Handwerk, IHKs und Gewerkschaften begrüßten die Pläne als wesentlichen Beitrag zur Sicherung eines qualifizierten Fachkräftenachwuchses.

In Europa mehren sich Stimmen, die umstrittenen **Gleichstellungsvorschriften** auszuweiten. Ein mit knapper Mehrheit angenommener Initiativbericht des Sozialausschusses des Europäischen Parlaments fordert u.a., künftig in jedem neuen EU-Gesetzesvorschlag Rechtsmittel gegen Diskriminierung vorzusehen sowie die verschiedenen Brüsseler Gleichstellungsregeln in einer einheitlichen horizontalen Richtlinie zusammenzufassen. Die Kommission hatte unlängst angekündigt, Ende Juni einen neuen Vorschlag zum Verbot der Benachteiligung behinderter Menschen vorzulegen. Die EVP-Fraktion lehnte den Bericht ab und warnt vor zusätzlicher Regulierungswut. Durch eine neue Einheitsrichtline drohten gerade für Handwerk und Mittelstand überproportional hohe Bürokratiekosten. 2006 hatte Deutschland auf Grundlage von vier bestehenden Antidiskriminierungsrichtlinien das viel kritisierte Allgemeine Gleichbehandlungsgesetz (AGG) beschlossen. Hiergegen hat die Kommission zwischenzeitlich ein Vertragsverletzungsverfahren eingeleitet, weil darin europäische Vorgaben nur unzureichend umgesetzt worden seien.

kss

NAMEN SIND NACHRICHTEN

MIT Bad Doberan
Auf der Mitgliederversammlung des Kreisverbandes Bad Doberan im März 2008 wurde Caroline Brandt im Amt der Vorsitzenden bestätigt. Als Stellvertreter wurden Beate Mallow und Andre Tode gewählt. Diana Dethloff und Sandra Tode sind die neuen Beisitzer. Birgit Anders übernimmt im Kreisverband die Aufgaben der Schatzmeisterin.

Willi Heineking wurde 75
Niedersachsens dienstältester Bürgermeister und Ehrenvorsitzender der MIT Hannover, Willi Heineking, feierte in diesem Jahr seinen 75. Geburtstag. Heineking, ein klassisches „Urgestein" eines Mittelständlers in Niedersachsen, begrüßte zahlreiche Vertreter aus Wirtschaft, Beruf und Politik, unter ihnen Jan Ahlers MdL, Karsten Heineking MdL (weder verwandt noch verschwägert mit Willi Heineking) und Finanzminister Hartmut Möllring MdL.

MIT Höxter
Klaus-Dieter Leßmann wurde erneut zum Kreisvorsitzenden der MIT Höxter gewählt. Seine Stellvertreter sind Michael Graf, Walter Rieks und Christian Pachin. Zum Schriftführer wurde Klaus-Dieter Will und zum Pressereferent wurde Karl Simanowski gewählt.

MIT Jüchen
Der bisherige Vorsitzende der MIT Jüchen, Thomas Welter, wurde einstimmig im Amt bestätigt. Zum stellvertretenden Vorsitzenden ist der Jüchener Unternehmer Peter Hintzen gewählt worden. Der Vorstand wird nunmehr verstärkt durch die zur Schriftführerin gewählte Annette van Dorp. André Meyer, Achim Möller und Dr. Christoph Schmitz sind weiterhin Beisitzer.

Thomas Welter (2.v.r.) mit seinem neuen Team

MIT Kurhessen-Waldeck
Die MIT Kurhessen-Waldeck hat Frank Williges, MdL zum neuen Vorsitzenden gewählt. Als Stellvertreter stehen ihm zukünftig Elke Jesinghausen, Jutta Rüddenklau und Wolfgang Kalb zur Seite. Ulrich Tent wurde als Schriftführer gewählt und Markus Nordmeier, Andre Schelbert, Jörg Schnitzerling sowie Sebastian Schüssel als Beisitzer.

MIT Sonneberg
Als neugewählter Vorsitzender wird zukünftig Andreas Greiner die MIT Sonneberg vertreten. Der langjährige Vorsitzende Detlef Weise stellte sich aus Altersgründen nicht wieder der Wahl. Er wird dem Kreisverband jedoch als Ehrenvorsitzender weiterhin erhalten bleiben. Als Stellvertreter wurden Henry Worm, MdL, und Conrad Saupe gewählt. Komplettiert wird der Vorstand durch die Beisitzer Manfred Franke, Günther Rupp, Gerd Albrecht, Christian Rempel sowie Schatzmeister Christoph Richter und Schriftführer Klaus-Dieter Schneider.

MIT Oberkirch-Renchtal
Nach 17 Jahren an der Spitze übergab Bernd Eckardt sein Amt als MIT-Kreisvorsitzender in Oberkirch-Renchtal an Thomas Huber. Bernd Eckardt hat mit Thomas Huber seinen Wunschnachfolger gefunden. Er sei selbst in einem mittelständischen Unternehmen tätig, weiß aus der täglichen Arbeit um die Sorgen und Nöte des Mittelstands.

Peter Jungen
Peter Jungen, MIT-Bundesschatzmeister, nahm innerhalb einer Woche gleich an zwei bedeutenden Konferenzen auf europäischer Ebene Teil. Beim Crans Montana Forum in Brüssel sprach er als Co-Vorsitzender des Wirtschafts- und Sozialpolitischen Ausschusses der EVP über internationale Finanzinstrumente. Einer ähnlichen Themenstellung widmete er sich bei einer Außenhandelskonferenz in Luxemburg mit EU-Finanzkommissar Almunia.

MIT Oldenburg
Rita van Döllen-Mokros wurde zur neuen Vorsitzenden der MIT Oldenburg gewählt. Hans-Peter Blöcker wurde von den Mitgliedern zum stellvertretenden Vorsitzenden gewählt. Schatzmeister bleibt wie bisher Ralph Balkow. Die neuen Beisitzer sind Beate Guenther, Heinz Harzmann, Regina Ketels, Anke Müller de Rot, Hans-Georg Heß, Gerd Hochmann und Gisela Krull. Festredner war der Niedersächsische Wissenschaftsminister Lutz Stratmann.

Gratulation für die neue Vorsitzende (v.l.n.r.): Der alte Vorsitzende Rainer Munderloh, die neue Vorsitzende Rita van Döllen-Mokros und Minister Lutz Stratmann.

Pressestelle der MIT-Bundesgeschäftsstelle
Die bisherige Pressesprecherin in der MIT-Bundesgeschäftsstelle, Petra Kleining, ist zum Bundesverband der Freien Berufe gewechselt und arbeitet dort zukünftig im Pressebereich als Redakteurin. Der MIT-Bundesverband dankt Petra Kleining für die gute Zusammenarbeit und wünscht ihr für ihren weiteren Werdegang viel Erfolg.

Trauer um Heinz Adams
Die MIT trauert um den Verlust ihres Ahrweiler Mitgliedes Heinz Adams. Er verstarb am 7.2.2008 im Alter von 71 Jahren. Als Konditormeister war er dem heimischen Handwerk eng verbunden, auch in zahlreichen Funktionen der Handwerkskammer. Als langjähriger Kreisvorsitzender der Mittelstands- und Wirtschaftsvereinigung der CDU vertrat er die Interessen des heimischen Mittelstandes.

MIT Rhein-Kreis Neuss
Zum Vorsitzenden der MIT im Rhein-Kreis Neuss wurde Heijo Drießen wiedergewählt. Seine Stellvertreter sind Thorsten Schmitter und Sebastian Rosen. Günter Becht wurde zum Schatzmeister und Horst Indenhuck zum stellv. Schatzmeister gewählt. Schriftführer ist Tobias Fister, stellv. Schriftführer ist Peter Vossen. Komplettiert wird der Vorstand durch die Beisitzer Thomas Kuth, Gerhard Heyner, Thomas Welter, Ursula Kwasny, Alderich Franken und Winfried Helpenstein.

Heijo Drießen (u. 4.v.l.) mit neuer Mannschaft.

KOLUMNE

Liebe MIT-Streiter,

es sind mal wieder bewegte Wochen in Berlin, und die Diskussion über den künftigen Kurs der CDU reißt nicht ab. Weitermachen mit Reformen oder eher auf der Stelle treten, am besten sogar überhaupt nichts mehr machen, um die „schreckhaften Wähler“ nicht zu verprellen? Wie sehr diese Fragen unsere Mitglieder und Freunde bewegen, zeigen uns die zahlreichen Telefonate, Briefe und Mails, die uns in der Bundesgeschäftsstelle erreichen. Nicht alle diese Reaktionen sind schmeichelhaft für die CDU-Parteiführung, die allerdings bei der Pflege des Markenkerns der Union vor einer schwierigen, fast unlösbaren Aufgabe steht.

Da sind einerseits die Parteimitglieder, deren Durchschnittsalter zur Zeit bei 60 Jahren liegt und das unaufhaltsam von Monat zu Monat steigt, und sind auf der anderen Seite die verschiedenen Wählerschichten, unterschiedlich nach Geschlecht, Alter und soziologischer Struktur. Nach einer Studie der Konrad-Adenauer-Stiftung zählen CDU-Mitglieder im wesentlichen zu folgenden Gruppen:

Gesellschaftspolitisch Liberale	17 %
Traditionsbewusste	26 %
Marktwirtschaftorientierte	32 %
Christlich Soziale	25 %

Ich darf, glaube ich, unterstellen, dass wir Mittelständler uns zu den Marktwirtschaftlern und den Traditionsbewussten zählen und mit 58 % die weitaus größte Gruppe stellen. Daher sei die Frage gestattet: Findet diese Gruppe denn im Augenblick wirklich in der großen Politik das Gehör und die Beachtung die ihr zusteht? Wer diese Baustelle regelmäßig liest, kennt meine Antwort- und die heißt NEIN!

Nun aber noch zu einem gänzlich anderen Thema: Ich bin dem amtierenden Hessischen Europaminister und MIT-Mitglied, Volker Hoff, MdL, dankbar, der eine Initiative gestartet hat, die eine stärkere Verwendung der deutschen Sprache innerhalb der EU-Institutionen einfordert! Diese Initiative wird mittlerweile von 18 europäischen Regionen rund 50 Europaabgeordneten aus sechs verschiedenen EU-Mitgliedsstaaten getragen. Bei der Übergabe hat Hoff dem für Mehrsprachigkeit zuständigen Kommissar Orban dazu eine Erklärung überreicht: „EU-weit sprechen fast 100 Millionen Menschen Deutsch als Muttersprache, keine Sprache ist in der EU so weit verbreitet. Die deutsche Sprache darf nicht weiter benachteiligt werden – nach dem Spruch ‚English only‘, indem z.B. Dokumente nur auf Englisch und Französisch, nicht aber auf Deutsch, publiziert werden.“

Hoff hat Recht, dass z.B. der deutsche Mittelstand durch Vergabehandbücher und Internetseiten über Ausschreibungen, die nur auf Englisch und Französisch existierten – erheblich benachteiligt wird. Auch unsere deutschen Jugendlichen, die sich europäisch bewerben müssen, werden durch die Bevorzugung der englischen und französischen Sprache benachteiligt. Wenn die Kommission es ernst mit ihren Plänen für ein „Europa der Bürger“ meint, dann muss sie diese hessische Initiative umsetzen!

lehnen@mittelstand-deutschland.de

DER AUTOR

Hier schreibt MIT-Hauptgeschäftsführer Hans-Dieter Lehnen

IMPRESSUM

Herausgeber
Mittelstands- und Wirtschaftsvereinigung der CDU/CSU, vertreten durch den Bundesvorsitzenden Dr. Josef Schlarmann und den Hauptgeschäftsführer Hans-Dieter Lehnen, Charitéstraße 5, 10117 Berlin

Verlag und Redaktion
GK MittelstandsMagazin Verlag GmbH
Gärtnerkoppel 3
24259 Westensee
Telefon: 04305 / 992 995
Telefax: 04305 / 992 993
E-Mail: info@mitmagazin.com
www.mitmagazin.com

Chefredakteur
Günter F. Kohl (G.K.)
E-Mail: gk@mitmagazin.com

Parlamentsredaktion
Karl-Sebastian Schulte (kss)
Telefon: 0 30/75 70 91 70
E-Mail: kss@mitmagazin.com

MIT-Inside
Astrid Jantz (aj)
Telefon: 0 30/22 07 98-16, Telefax: 22 07 98-22
E-Mail: jantz@mittelstand-deutschland.de

Redaktion Recht
Wolf-Dietrich Bartsch, Rechtsanwalt und Notar
rechtsfragen@mitmagazin.com

Titelfoto
BilderBox, Fotomontage MITMagazin

Anzeigen
GK MittelstandsMagazin Verlag GmbH
Gärtnerkoppel 3, 24259 Westensee
Brigitte Kohl
Telefon: 04305 / 992 995, Fax 04305 / 992 993
E-Mail: bk@mitmagazin.com

Anzeigenverkauf
Nielsen II, V, VII
Verlagsvertretung Getz,
Telefon: 02205 /8 61 79, Fax 02205 /8 56 09
Nielsen III a, III b, IV
S&K Medienvertretung, Peter Seuß,
Telefon: 06261 / 92 340, Fax 06261 / 92 34 20
Nielsen I, VI
MSM Medienservice Meins,
Telefon: 04102 / 3 15 78 , Fax 04102 / 3 15 38
Gültige Anzeigenpreisliste Nr. 32 vom 1. 1. 2008

Satz und Layout
Walter Katofsky, Kiel
Telefon: 0431 / 54 22 44, Telefax: 0431/ 260 53 66
E-Mail: wk@mitmagazin.com

Druck
Evers-Druck GmbH
Ernst-Günter-Albers-Straße
25704 Meldorf

Bezugsbedingungen
MIT MittelstandsMagazin erscheint zehnmal jährlich. Der Jahresbezugspreis beträgt 31,– € incl. 7 % Mehrwertsteuer.
Die Kündigung des Abonnements ist jeweils mit einer Frist von sechs Wochen zum Jahresende möglich.
Bei Nichterscheinen infolge höherer Gewalt besteht kein Anspruch auf Schadensersatz.
Für unverlangt eingesandte Manuskripte übernimmt die Redaktion keine Gewähr. Von Rückfragen bitten wir abzusehen.
ISSN 0932-3325

© für alle Beiträge bei der GK MittelstandsMagazin Verlag GmbH. Alle Rechte vorbehalten. Nachdrucke und Zitate nur mit vollständiger Quellenangabe.

Kinder brauchen Familie, damit sie neugierig bleiben.

SOS Kinderdorf e.V.
www.sos-kinderdorf.de

„Jetzt sind meine Kundenrechnungen innerhalb 48 Stunden bezahlt…“

Mit der **Quorum AG** verfüge ich permanent über genügend Liquidität.

Meine Kunden brauchen lange, um meine Rechnungen zu bezahlen. Sie zahlen nach 30 oder 60 Tagen oder erst… nach der letzten Mahnung. Insgesamt stellen diese offenen Rechnungen einen beträchtlichen Betrag dar.

Mit dem Factoring der Quorum AG habe ich die Möglichkeit, diesen Betrag direkt zu erhalten und meine Rechnungen sind 48 Stunden nach dem Versand auf meinem Konto bezahlt. **Dadurch verfügt mein Unternehmen permanent über genügend Liquidität.**

Wie funktioniert es?

Es ist ganz einfach: Sobald ich eine neue Rechnung erstelle, schicke ich eine Kopie zu Quorum. **Innerhalb von 48 Stunden werden 85 % des Rechnungsbetrages auf mein Konto überwiesen.** Ich erhalte den Restbetrag, wenn mein Kunde gezahlt hat. Somit verfüge ich immer über Liquidität, wenn ich diese benötige.

Was kostet diese Finanzierung?

Diese flexible Lösung ist nicht teuer. Die Servicegebühr liegt entsprechend dem Umsatz nur zwischen 0,5 % und 2,9 %. Diese Gebühr rechnet sich **über die hohen Einsparungen dank verbesserter Liquidität.**

Das Geld, das ich erhalte, ist meines und ich gebe es aus, wann ich es für richtig halte. Die Quorum AG mischt sich nicht in die Art ein, in der ich mein Geschäft führe und meine Kunden betreue. Ich führe meine Firma genauso, wie ich es immer gemacht habe.

Wenn Sie an zusätzlicher Liquidität und an einer Finanzierung, die mit Ihrem Unternehmen wächst, interessiert sind, **rufen Sie uns an:** **0800 – 888 78 90** oder senden Sie uns Ihre Informations-Anfrage ausgefüllt zurück:

INFORMATIONS-ANFRAGE

Ja, zusätzliche Liquidität interessiert mich. Bitte informieren Sie mich unverbindlich.

Firma

Ansprechpartner (Vorname, Name)

PLZ/Ort

Telefonnummer

Bitte senden Sie diese Anfrage per Fax: 0211/52 28 16-33
oder per Post an:
Quorum AG, Niederkasseler Lohweg 185, 40547 Düsseldorf
www.quorum-ag.de A-07

QUORUM